

# Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Panitz Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlenstraße 3. — Fernsprecher: Anruf 1111. Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794 für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzustellungsnummer 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 16. bis 30. April 1.00 Mark, Abboter 0.60 Mark.

Angewandte in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilgröße beträgt 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzelgen und Stellengehülse 12 1/2 Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die 10gepaltene 90 Millimeter breite Reklamengröße beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldgr. ist ein Dollar verteilt durch 4.20.) Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckarbeiten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 96.

Magdeburg, Donnerstag den 24. April 1924.

35. Jahrgang.

## „Befreiungskrieg“ an der Elbe.

### Ein Brief aus England.

Ein Magdeburger Feinmechaniker, der nach dem Krieg als Spezialarbeiter in England Stellung gefunden hat, schrieb einem Kollegen, der den Brief der sozialdemokratischen Presse zur Verfügung stellte. Nach einigen persönlichen Bemerkungen heißt es darin:

Lieber Kollege!

... am meisten freut mich, daß Du endlich wieder Arbeit hast. Hier schreiben alle Zeitungen, daß es überraschend sei, wie schnell sich Deutschland wieder erhole und alle Welt nimmt an, es werde in Deutschland eine Zeit der Hochkonjunktur kommen, die Arbeitslosigkeit werde in Kürze ein Ende haben, wenn es gelingt, in der Reparationsfrage zu einer Verständigung zu kommen.

Seit den Wahlen in Mecklenburg und besonders, seit in Bayern gewählt wurde, mehren sich aber die Stimmen — auch unter den englischen Kollegen wird diese Auffassung laut —, die hoffentlich, der neue Reichstag werde so zusammengesetzt sein, daß eine Regierung, die zur Verständigung bereit ist, nicht zustande kommt. Die Stimmen für die Völkischen gelten hier als Stimmen für Lubliner und einen neuen Krieg. Ich brauche Dir nicht auseinanderzusetzen, daß die völkische Sabotage ein heller Widerspruch ist.

Nur ganz falsch halte ich aber auch die Parolen, mit denen die neue kommunistische Zentrale den Wahlkampf führt. Ich unterhalte mich mit einem englischen Kollegen, der gleich zu Anfang des Krieges in Gefangenschaft geriet und sehr gut Deutsch sprechen lernte. Ueber Rußland haben wir oft diskutiert. Er ist kein Kommunist, weil er der Ueberzeugung ist, was in Rußland richtig sei, müsse nicht in allen Ländern auch richtig sein. Die Arbeiter in jedem Lande müßten ihre Politik nach den gegebenen Verhältnissen machen.

Er hat mir einmal, als ich ihm — kurz nach dem Beginn der Sachverständigen-Vereinbarungen in Paris — auseinandersetzte, daß es für Deutschland nur eine Befreiung geben könne, wenn auch dort die Diktatur des Proletariats eingeführt, mit Rußland ein Bündnis geschlossen und gemeinjam mit der russischen Roten Armee der Kampf gegen die Entente geführt würde, geantwortet: Für Rußland ist ein neuer Krieg ohne große Gefahren. Die Rote Armee wird im ersten Anlauf Polen und die andern kleinen Randstaaten überrennen. Die deutsche Armee wird sich zerplittern; die Dänen werden nach Seiden und Nordbavarn vertrieben, die Italiener werden in Süddeutschland einfallen; die englische Arbeiterregierung wird sofort gebildet werden, weil sie ohnedies keine sichere Mehrheit im Parlament hat, eine bürgerliche Regierung wird den Krieg gegen Rußland und Deutschland mitmachen, die englische Meute wird Sibirien und die andern Städte an der See erobern; es wird nicht gelingen, die Franzosen und Belgier vor der Elbe aufzuhalten. Der Krieg wird also in Deutschland ausgetragen. So wenig wie 1912 wird es der Entente möglich sein, ganz Rußland zu erobern, es werden aber auch die Russen mit den Trümmern der deutschen Armee nicht über den Rhein gelangen. Dieser Krieg wird im allernächsten Falle — für Rußland — militärisch unentschieden bleiben. Beim Friedensschluß wird es dann vielleicht seine Grenzen von 1914 wiederherstellen können, dazu Durocufen und damit den seit Jahrhunderten schon von den Zaren erträumten Ausgang an die Dnjepr erhalten. Im unglücklichsten Falle wird Rußland seinen jetzigen Bestand erhalten. Die Deutschen saßen in jedem Falle die Meute; ihr Land wird völlig zerstört, die deutschen Arbeiter, die den Krieg überleben, müssen froh sein, wenn sie in fremden Ländern ein Unterkommen finden. Ueber die See zu fahren, sind sie heute schon zu arm, es bleiben nur die weiten Flächen in Rußland, so daß die Sowjetregierung für den Wiederaufbau der russischen Industrie den internationalen Kapitalisten billige Arbeitskräfte zur Verfügung stellen könnte.

Ich habe ihm nicht viel erwidern können, weil ich einige Tage zuvor ganz ähnlich die Kollaten eines Befreiungskrieges, so wie ihn die Völkischen planen, ihm dargestellt hatte, wobei er mir völlig recht gab.

Wenn man einige Zeit im Ausland ist, sieht man aber auch andre Dinge mit andern Augen an, zumal wenn man, wie ich, den englischen Wahlkampf erlebt hat. Es ist überhaupt merkwürdig, wie die englischen Arbeiter die Politik betrachten. Bei den letzten Wahlen haben zum Beispiel auch sehr viele, die zur kommunistischen Partei gehören oder mit ihr sympathisieren, für die Labour Party — so heißen hier doch die Sozialdemokraten — gestimmt. Als ich sie fragte, warum, sagten sie, die Kommunisten hätten noch keine Aussicht, die Regierung übernehmen zu können. Wenn sie aber nicht für die Labour Party gestimmt hätten, wären die Aussichten, daß wenigstens die Labour an die Regierung komme, schlechter geworden, und besser sei jedenfalls, daß MacDonald Ministerpräsident werde als Baldwin oder Lloyd George.

Du weißt, daß ich seit unserer Rückkehr aus dem Feld immer für die Kommunisten gewesen bin. Wie kann aber über

jetzige Politik gar nicht gefallen. Ich frage Dich, was soll werden, wenn im neuen Reichstag nicht eine Mehrheit zustande kommt, die für eine Verständigung ist und eine entsprechende Regierung bildet? Und diese Gefahr ist sehr groß, wenn die Völkischen, Deutschnationalen und Kommunisten so viel Stimmen erhalten wie in Bayern.

In England glaubt man aber, daß noch die jetzige deutsche Regierung feste Abmachungen auf Grund der Sachverständigen-Entschlüsse treffen wird. Diese Abmachungen sind bindend für jede Regierung, wenn die nicht einen neuen Krieg machen will. Dann wird der neue Reichstag zu bestimmen haben, wer die Kosten tragen soll. Wenn statt der Deutschen die Engländer in dieser Lage zu wählen hätten, würde allein diese Frage im Wahlkampf erörtert werden. Und ich meine, die deutschen Arbeiter müßten begreifen, daß sie alles aufbieten müssen, um eine Mehrheit ins Parlament zu schicken, die einmal für die Verständigung ist und zum andern dafür sorgt, daß nicht wieder alle Laizen auf die Arbeiter abgemäht werden. Da nun die Kommunisten an der Parlamentsarbeit nicht teilnehmen wollen, gegen eine Verständigung sind, so bleibt den deutschen Arbeitern nichts übrig, als möglichst viele Sozialdemokraten in den Reichstag zu schicken, sie müssen ebenso Politik machen, wie es die englischen Arbeiter taten. Es glaubt doch kein vernünftiger Mensch, daß die Sozialdemokraten nicht die Interessen der Arbeiter vertreten, sonst würden die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten nicht so wütend bekämpfen und offen aussprechen, daß es ihr Ziel ist, die Sozialdemokraten ganz auszuschalten, sie nicht nur von der Regierung fernzuhalten, sondern sie auch aus der Verwaltung wieder zu entfernen. Bis zur nächsten Wahl müssen die deutschen Kommunisten für einen andern Kurs ihrer Partei sorgen, der sich nach den Verhältnissen in Deutschland richtet. Dann wird wohl auch die Zeit wiederkommen, da es in Deutschland nur eine große Arbeiterpartei gibt.

Das, lieber Kollege, habe ich Dir geschrieben, weil Du in Deinem Briefe durchschauen hast lassen, daß Du diesmal kommunistisch wählen willst. Ich kann Dir nur raten, sozialdemokratisch zu wählen und ich hoffe, daß Du im Bereich meinen Brief herumgehen läßt.

Herzliche Grüße

Dein Bruno S...

Der Brief spricht für sich selbst. Er ist geeignet, nicht nur die deutschen Arbeiter, die den Kommunisten nachlaufen, zur Besinnung zu bringen, er wird gewiß auch manchen zum Nachdenken veranlassen, der auf das — sehr gefährliche — Geckred der Völkischen von einem in naher Aussicht stehenden „Vorkriegskrieg“ einzuzufallen droht. Was ein Völkischglücken an der Elbe bedeuten würde, wissen am besten die deutschen Soldaten abzuklagen, die in der Champagne, in Flandern und an der Somme gekämpft haben, besonders, wenn sie die „Fortdritte“ der Kriegstechnik, die fürchterliche Entwicklung von Gaswaffen und bombenwerfenden Flugzeugen in Betracht ziehen.

Der Brief des deutschen Arbeiters aus England ist eine Warnung und Mahnung. Sie darf am 1. Mai nicht unbeachtet bleiben. —

### Erbittertes Ringen.

Der Ausfall der Reichstagswahl entscheidet über den Kurs der zukünftigen Sozialpolitik und die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters. Bisher sind alle sozialpolitischen Fragen, sei es das Arbeitsgerichts- und Schlichtungswesen, das Tarifrecht oder die Arbeitszeit, Arbeitseinschränkungen und Arbeitsunfähigkeit, nur durch Konventionen geregelt. An ihre Stelle muß die gesetzliche Regelung durch den neuen Reichstag treten.

Die sozialpolitischen Rechte und Pflichten sind den Unternehmern und den kapitalistischen Parteien ein Dorn im Auge. Sie abzubauen wird deshalb von dem Unternehmertum und den von ihrem Gelde finanzierten Parteigruppen unter dem Vorwande, daß die Sozialpolitik produktionsverfeuernd wirkt, angestrebt. Der Ruf nach langer Arbeitszeit bei möglichst niedrigen Löhnen paart sich mit den Angriffen gegen den Tarifvertrag und das Koalitionsrecht. Daneben finden wir den Kampf gegen eine ausreichende Erwerbslosenfürsorge, der erst kürzlich wieder zur Ablehnung der geforderten Erhöhung der erbärmlich geringen Unterhaltungsätze führte.

Das Ziel dieser Kämpfe zeigt übrigens ein Rundschreiben der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. In ihm heißt es u. a.:

Das derzeitige Lohnniveau liegt nach der übereinstimmenden Auffassung der Arbeitgeberseite und vor allem der Exportindustrie heute schon höher als das für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit für die Beschäftigung der Arbeitskräfte wünschenswert ist.

Um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland zu sichern, werden die Unternehmer aufgefordert, Lohnsenkungen abzuwehren, einerseits, ob die steigenden Warenpreise und steigender Mietsen eine Aufbesserung der Löhne und Gehalte notwendig machen. Gleichzeitig werden die Regierungen und amtliche Schlichter beauftragt, alles zur Verminderung des Lohnes zu tun. Die Reichsregierung entsand diesen Wünschen zunächst dadurch, daß sie die geringen Lohnforderungen der im Holz- und Eisenbahndienst beschäftigten Arbeiter ablehnte und Deutschland damit in die Gefahr gewaltiger wirtschafter Arbeitskampfe brachte. Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde sie schließlich aber einvernehmlich belohnt und mußte nachgeben.

Niemand kann leugnen, daß die deutsche Industrie drohlich zurückgeht, weil die deutschen Preise über den Weltmarktpreisen liegen. Aber die Schuld trägt nicht der deutsche Arbeiter, nicht sein „hoher“ Lohn oder sein mangelhafter Arbeitseffekt, sondern falsch orientierte deutsche Wirtschaftspolitik. Sie ermöglicht, daß die durch den Krieg und die Inflationszeit verdrängten Unternehmer auch heute noch märchenhafte Unternehmergewinne und Risikozantien einfalstieren. Der Erfolg ist, daß ein für den Wirtschaftsumtrieb viel zu großer Produktions- und Handelsapparat mit unglaublich viel unproduktiven Zwischengliedern nicht nur durchgehalten wird, sondern auf Grund viel zu hoher Gewinne glänzend lebt und das Preisniveau aller Waren bis zur Unerträglichkeit treibt. Das ist der Grund der deutschen Konkurrenzunfähigkeit. Der Arbeiter aber leidet diese verrückte Wirtschaft an seinem Lohn und mit verlängerter Arbeitszeit bischen.

Diese Situation wird künftig noch schlimmer. Der Vorschlag der Sachverständigen zur Lösung der Reparationsfrage belastet die deutsche Volkswirtschaft nicht stärker als bisher. Diese neuen Löhne wird man selbstverständlich wieder mit der Erklärung den Arbeitern aufzubürden versuchen, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands müsse auf dem Weltmarkt durch Lohnerhöhung, Arbeitszeitverlängerung und Verminderung der Sozialpolitik erreicht werden.

Die Folge ist ein erbittertes Ringen zwischen den Arbeitern, die mindestens ihre einstige Lebenshaltung zurückgewinnen wollen und mit allen Mitteln verhindern müssen, daß sie auf viele Jahre hinaus zum Paria unter dem internationalen Proletariat herabgedrückt werden. Die Entscheidung aber wird beim kommenden Reichstags liegen. Darin steht die große Bedeutung dieses Wahlkampfes. Geht es, den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zurückdrängen, so wird der Arbeiter das sehr bald an den Beschlüssen eines der Sozialdemokratie feindlichen Reichstags wahrnehmen. Die große Gefahr, die für die ganze Arbeiterklasse im Verzug ist, sollte deshalb ein Ansporn sein. Die letzten Wochen vor der Wahl zur verstärkten Agitation für die Sozialdemokratie auszunutzen. Die Parole muß sein: Ausbau, nicht Abbau der Sozialpolitik. Ohne eine starke sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist die Durchföhrung dieser Parole aber undenkbar. —

### Für eine Anleihe an Deutschland.

Der amerikanische Präsident Coolidge hat am einem Festessen eine hochpolitische Rede gehalten, in welcher er erklärte, Amerika müßte den Eintritt in den Völkerebund entschieden ablehnen.

Die amerikanische Politik in der Frage der internationalen Schulden habe keinerlei Änderungen erfahren und könne auch auf wirtschaftlichen Konferenzen nicht besprochen werden.

Die Sachverständigen-Entschlüsse bezeichnete Coolidge als eine praktische Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage, wobei die Wiederherstellung Deutschlands gesichert sei und die Gläubigerstaaten ein Höchstmaß an Zahlungen erhalten könnten. Notwendig sei eine große Anleihe für Deutschland, um der Präsident hoffe, daß sich das amerikanische Kapital daran beteiligen werde.

Für den Wiederaufbau Europas habe Amerika allen Grund, zu seinem Teile beizutragen. Dagegen könne Ame-







Der Vorschläge zurückzustellen, nicht an, sondern verläßt im Gegenteil schnellste Durchführung der Vorschläge.

Darüber hinaus besteht Macdonald, wie uns ein Bericht aus London meldet, neben der fortwährenden Wiederherstellung der wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands als Voraussetzung zur Erfüllung der dem Reich auferlegten Lasten auf die Ausführung der Vorschläge in ihrer Gesamtheit. Die von Poincaré in einem Brief an Barthou als Vorsitzenden der Reparationskommission gestellte Frage, ob die französisch-belgischen Organisationen im Ruhrgebiet sofort aufgegeben werden sollen oder erst umzuwandeln seien, wenn Deutschland den Plan der Sachverständigen zur Ausfüßführung hat, dürfte infolgedessen mit Rücksicht auf die Haltung Englands und der anderen in der Reparationskommission vertretenen Mächte im Sinne der Sachverständigen entschieden werden.

## An die Arbeiter der Welt!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet anlässlich des bevorstehenden 1. Mai einen dringenden Appell an alle Landeszentralen, das Maximum ihrer Kräfte einzusetzen, um den Weltfeiertag der Arbeit einen großartigen und außerordentlichen Charakter zu geben, wie ihn die heutige Lage erfordert. Allen ihren Forderungen voran muß die internationale organisierte Arbeiterklasse den Kampf für den Frieden stellen.

### Gegen Krieg und Militarismus

muß sie die volle Wucht ihres Kampfes richten. Der Friedensgedanke der Arbeiter ist aus ihrem Klassenbewußtsein entstanden und eng verbunden mit ihren Fortschritts- und Freiheitsideen, die, gegründet auf die Solidarität aller Völker, sie zu unerbittlichen Gegnern des Krieges macht und sie zwingt, die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit untrennlich mit der Friedensidee zu verknüpfen. Die ganze internationale Arbeiterbewegung hat den Friedenswillen des Proletariats zu ihrem Ausgangspunkt. Für den Frieden arbeiten, heißt für die proletarische Befreiung arbeiten!

Diese Wahrheit hatte zu allen Zeiten ihre Geltung; sie hat sie heute mehr als je.

Die Welt — und namentlich Europa — kann sich aus dem Elend und den Morden des Krieges

### nur erheben durch den Frieden

— durch den Frieden, der die Zusammenarbeit der Völker ermöglicht, die mehr als je ihre Kräfte vereinen müssen, um der wirtschaftlichen Desorganisation und dem finanziellen Zusammenbruch, die den durch Krieg verursachten Katastrophen neue hinzufügen, ein Ende zu machen.

Gegenüber dem auf der schamlosen sozialen Minderwertigkeit gegründeten völkerverhetzenden Nationalismus, gegenüber dem unerschütterlichen Nationalismus, von dem nur der Besitz profitiert, muß die Arbeiterklasse eine internationale Organisation der Wirtschaft fordern, die sich auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und auf dem Prinzip der internationalen Verteilung der Rohstoffe aufbaut.

Laut und klar vernehmlich muß die Arbeiterklasse ihre Stimme für ihre Forderungen und Grundideen erheben.

Sie muß die tatsächliche Organisation des Friedens fordern durch eine allgemeine Abrüstung, um zugleich die Völker von unerträglichen Lasten zu befreien sowie durch Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

Die Arbeiterklasse muß ferner alle ihr zukommende soziale Gerechtigkeit verlangen, indem sie auf einem immer weiteren

### Ausbau der Rechte der Arbeit

besteht. Die internationale Arbeiterschaft darf nicht totor Buchstabe bleiben; die Abkommen müssen durch geschickte Festlegung lebendige Wirklichkeit werden.

Die Sanierungen, die Schöpfer des Reichtums, durch deren Arbeit die Gesellschaft lebt, fordern ihren Anteil an der Kontrolle und Verwaltung in der Organisation des Produktionsprozesses und der Verteilung der Güter.

An den sozialen Ergründungen des Achtstundentages und der Sozialversicherung, diesen wichtigsten eroberten Posten, muß festgehalten, auf ihre Verallgemeinerung unablässig hingearbeitet werden. Die

### Eroberung des Mitbestimmungsrechts

der Arbeiter sowie die Reorganisation der Wirtschaft sind unerlässlich für eine wirksame Bekämpfung und Niederhaltung der kapitalistischen Einflüsse und zur Vorbereitung einer sozialen Ordnung, in der die Früchte der Arbeit nicht mehr den Besitzenden und Bevorrechteten, sondern der Gesamtheit zufließen.

Mit dem Triumph dieser Forderung wird die Arbeiterklasse den Beweis erbringen, daß sie reif ist für die Verwirklichung ihrer historischen Mission: die Befreiung der Arbeit durch Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Diese Forderungen sollen dem Weltfeiertag von 1924 Sinn und Gepräge geben!

Überall, in allen Ländern, muß der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei der Arbeiterschaft Gehör finden! Die Massenfundgebung des Proletariats sei ein überwältigendes Zeugnis seiner Kraft, seines erwachten Bewusstseins, seines Willens zum Sieg!

- Für ein besseres Dasein!
- Für die soziale Gerechtigkeit!
- Für die Freiheit!
- Für den Weltfrieden!

### Für den Internationalen Gewerkschaftsbund:

- L. Zouhary (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland),
- Gorn. Mertens (Belgien), Vizepräsidenten.
- J. Dubogers, Joh. Sassenbach, J. W. Brown, Sekretäre.

## Der Schwanengesang der Volkspartei.

„Von roten Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei!“ Das war einmal die Wahlparole der allgewaltigen Sinnespartei. Was ist von diesen hochfahrenden Wahlversprechungen der Volksparteier übriggeblieben? Wie steht es um die große Rentenprengerei? Was wird nach der Wahl von ihr noch übrigbleiben? Ein kleines Häuflein Streikmänner, die andern werden die Völkischen und Deutschnationalen aufreizen. Diese Todesstimme liegt über der ganzen Wahlbewegung der Volkspartei. In Magdeburg wagten sich die Herrschaften erst am Dienstag in den Wahlkampf. Um keinen Hauch zu erragen, hatten sie sich den Rektor ihrer Partei, den 73-jährigen ehrenwerten, jähpathischen Abgeordneten, Geheimrat Dr. Kahl, als Redner

gewählt. Seine Verteidigungsrede für die bürgerliche Regierung konnte trotz ihrer vornehmen Sachlichkeit nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ein Schwanengesang für die Volkspartei war. Die Deutschnationalen berechnen die Volkspartei und Professor Kahl hat deswegen dieses Faktische an der deutschnationalen Kampfpartei auszusprechen, aber er darf es nicht mit seinen lieben Freunden Dergt und Delfterich herderben. Nicht so fürnehmlich! rufte er ihnen zu. Seht mal, wir Volksparteier haben doch so viele Taten gegen die Sozialdemokratie aufzuweisen, sind doch so rechts, daß ihr eure helle Freude daran haben könnt. Die Volkspartei

steht nach wie vor in der Sozialdemokratie die Hauptgegnerin. Die Volkspartei ist eine Rechtspartei gegen die Befürworter der Monarchie, aber sie ist auch eine liberale Partei. Acht Tage lang hat sie sich feinerzeit bemüht, einen Bürgerkrieg zusammenzuschreiben, aber sie hält eigentlich die Politik der Mitte für das Gegebene. Der Achtstundentag ist der Nagel zum Sarge des deutschen Volkes und das Streikrecht ist Krypton, aber man soll sich den Notwendigkeiten der Zeit nicht verschließen und einen vernünftigen Ausgleich suchen. Das Ziel der Volkspartei sei der Abbau der Revolution, aber man müsse doch den „Tatsachenmut zur neuen Zeit“ haben und sich freimachen von dem Jerrwahn, als sei die Revolution eine vorübergehende Welle.

Dieses Einerseits — Andererseits, was für die Nationalliberalen und Volksparteier so typisch ist, setzte Professor Kahl in seinen Betrachtungen zur auswärtigen Politik fort. Wir Volksparteier, sagte er, sind gegen Machtpolitik und für Verhandlungspolitik, aber wenn wir die Macht hätten, dann würden wir mit dem Schwert in der Hand unser Recht holen. Der Kriegsgedanke ist ein Verfluch oder ein Verbrechen, aber wir Volksparteier wollen unser Volk, unsere Jugend vorbereiten auf den Tag der Abrechnung. Das ist also nach Professor Kahl die Politik der Vernunft und des wahren Patriotismus.

Was aber geschehen wird, wenn diese Richtung der Kriegsstimmung, wie sie Professor Kahl propagiert, bei den Wahlen zum Reichstag zum Ausdruck kommt, das saate der volksparteiische Redner deutlich und traf damit auch sich selbst: Das Ausland wird zu einem Reichstag, in dem die extremen Parteien ausschlaggebend sind, kein Vertrauen haben, die auswärtige Kriegsgewährung und damit die Stabilisierung der Währung ist dann in Gefahr. Das sollten sich alle diejenigen hinter die Ohren schreiben, die sich nicht genug tun können in nationalem Praetorium.

In der Aussprache gab Dr. Greiner, der Oberhauptling der Völkischen, wieder eine neue Theorie zum besten. Die antisemitische Frage sei eine politische Frage. Bisher war sie für ihn immer eine Rassenfrage. Der Volksparteier Fabrikant Schulz ist für den Achtstundentag, damit die Arbeiter nicht von der Volkspartei weglauten. Sein Parteifreund Dr. Loh trat ihm entgegen und bezeichnete es als unerhört, den Achtstundentag einzuführen. Aber er gönne den Arbeitern den Achtstundentag, wenn die Arbeiter Magdeburger kennen Dr. Loh und seine Arbeiterfreundlichkeit zur Genüge. Dr. Heimann nagelte die Volkspartei auf ihre antisemitische Einstellung fest, und der Generalsekretär Dr. Ludwig bekräftigte den antisemitischen Standpunkt der Volkspartei. Dann soll noch der deutschnationale Heimkrieger Studentrat Markowski erwähnt werden, der keine Verschlingung mit Frankreich will, weil er sich wieder nach dem schönen Leben als Soldat in Gefangenenlager zu Turm an der Rble zurücksehnt. Unserem Genossen Bekan wurde von der Leitung der Volkspartei das Wort nicht gegeben. Es muß schäme um die Volksparteier stehen, daß sie keinen Sozialdemokraten reden läßt.

## Volksparteier als Salon-Antisemiten.

Am 20. April brachten wir eine Notiz über antisemitische Ausführungen, die der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei für Magdeburg-Anhalt, Studentrat Dr. Ludwig (Magdeburg), kürzlich in einer Verammlung in Salzpedel gemacht hatte. In der öffentlichen Verammlung der Deutschen Volkspartei im „Hoffäger“ nagelte Studentrat Dr. Heimann diese Ausführungen fest und stellte die Volkspartei, den Redner Dr. Kahl und den Provinzialvorstand der Volkspartei vor die Frage, ob sie die antisemitischen Sprünge ihres Parteisekretärs billigen. Ob dieser peinlichen Frage war man in schredlicher Verlegenheit am Postamt. Dr. Ludwig verurteilte die Situation habend zu retten, daß er alles zugab, was von Dr. Heimann behauptet war. Er redete sich dann darauf hinaus, daß er den „Gassenantisemitismus“ verwerte. Seine Ausführungen waren aber vollkommen unrichtig gehalten, auch die Schwärzer der Antisemiten hat sich dieser Volksparteier schon angequert. Er hat nun bald so viel weg, daß er in die Firma Knüppel-Kunze einzutreten kann, wenn es mit der Volkspartei bei den Wahlen schief geht, was Herr Ludwig nicht unbekannt sein dürfte.

Dem Redner des Abends, Professor Kahl, war die Sache recht unangenehm. Für seine Person will er mit dem Antisemitismus nichts zu tun haben, er könne nicht für jede antisemitische Äußerung irgendeines Volksparteiers verantwortlich gemacht werden. Die Leitung der Volkspartei in Magdeburg am Reichsamtlich aber schwebt sich ganz aus. Sie wartete nicht auf die Frage Dr. Heimanns Antwort zu geben, sie kniff. Damit billigt die Magdeburger Leitung der Deutschen Volkspartei die antisemitische Rede ihres Parteisekretärs. Sie kollektiert aus Wahlgründen trotz mancher Juden, die an leitenden Stellen in Berlin, Magdeburg und sonjuno in der Volkspartei sitzen, mit den völkischen Judenhebern und hat nicht mal den Mut, diese Frauen zu antworten. Dem Salonantisemiten bis zum Madanantisemiten und noch schlimmer in kein weiter Weg. Da die Volkspartei die „Ghe“ für sich in Anspruch nimmt, eigentlich als erste ein antisemitisches Programm aufzustellen zu haben, soll es uns nicht wundern, wenn die Partei Stresemanns und mit ihr schließlich auch die „Magdeburgerische Zeitung“ bald führend in der Judenhege werden wird.

## Notizen.

**Zentrum-Arbeiterführer August Brust gestorben.** August Brust, der Gründer und Führer der christlichen Bergarbeiterbewegung, ist am Sonntag in Offen einem Schlaganfall erlegen. In den Jahren von 1875 bis 1878 war Brust als Bergarbeiter tätig. Nach 10-jähriger Führerschaft schied er aus der Gewerkschaftsbewegung aus, wurde Redakteur eines Zentrumsklattes in Buer und schloß sich schließlich Führer des Niederhessischen Arbeitervereins an. Als preußischer Landtagsabgeordneter trat Brust stets für die Interessen der Bergarbeiter ein und erit noch in jüngster Zeit trat er entschieden gegen die allzu große Breitenweite der Ministerium und des Reichsarbeitsministeriums auf, die Lohnpolitik der Arbeiterverbände zu fördern. Während sein Kollege Egerwald nach diplomatischen Palmen strebt, ist August Brust Arbeitervertreter geblieben.

**Arbeitsgemeinschaft der Separatisten.** Die separatistisch Bewegung ist noch nicht erledigt und wird der rheinischen Bevölkerung noch manchen Kummer bereiten. Augenblicklich zurückerdrängt, wird im Dunkel doch noch neuen Aufschüßelungen gespäßt und organisiert. So ist der Zusammenschluß zwischen rheinischen und pfälzischen Separatisten vollzogen worden. Am Donnerstag fanden in Sp per unter Leitung des Separatistenführers Raths's Verhandlungen statt, in deren Verlauf zwischen dem Rheinisch-westfälischen Volksgemeinschaft beschlossen wurde. Die Rheinische Arbeiterpartei wird zu einer Ortsgruppe des Rheinisch-westfälischen Volksgemeinschaft beschlossen wurde. Es wurde hierauf der Beschluß gefaßt, sich an den Wahlen zu den Staatsverordnetenversammlungen nicht zu beteiligen. Denn die Separatisten haben größer's im Auge als Kämpfe um Stadtverordneten-Mandate — die noch dazu entfallen würden, wie jänmerlich schwach diese Bewegung in Wirklichkeit ist.

**Wag Hölz Spitzenkandidat der kommunistischen Reichsliste.** Die Zentrale der kommunistischen Partei hat, wie die „Köte Nahe“ für die Provinz Brandenburg“ mitteilt, den Beschluß gefaßt, an die Spitze der kommunistischen Reichsliste Wag Hölz zu stellen. Hölz ist am 22. Juni 1921 wegen seiner Taten in Mitteldeutschland zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden, er befißt also nicht die bürgerlichen Ehrenrechte. Die Stimmabgabe für ihn kann ihn aus dem Zuchthaus nicht befreien, sie ist nur eine Demonstration und ein Programm. Die kommunistische Linke, die mit Hölz Diostaus den Sieg über die „Rechten“ und die Mitte davongetragen hat, will damit nach außen dokumentieren, daß die herrliche Zeit wahrhaftiger „Buttje“ nach dem Muster von Wag Hölz anbrechen wird — wenn die Arbeiter einträglich genug sind, Kommunisten zu wählen.

**Ruhrgefangenen-Austausch.** Im Anschluß an den Spionageprozeß gegen den französischen Hauptmann Vendaries

Armist, der wegen Spionage vom Reichsgericht zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, haben zwischen der deutschen und der französischen Regierung Verhandlungen über den Austausch politischer Gefangener stattgefunden. Als deren Ergebnis ist zunächst die Freilassung der deutschen Reichsangehörigen von Verdum, Berger, Schwebel, v. Medelstaedt, Schütze-Pelham und Winde erfolgt, die zum Teil bereits seit Jahren in Straf-anstalten festgehalten werden und deren Strafzeit meist sehr lange, in einem Falle bis 1937, läuft. Die obgenannten 9 deutschen sind zum Teil Landräte, Bürgermeister usw., zum Teil Richter, die als Geiseln für d'Armont wider alles Recht festgehalten worden sind. Hauptmann d'Armont hat Leipzig zu Donnerstag verlassen dürfen.

**Gegen die reaktionäre thüringische Regierung.** Der Vorstand des Thüringer Städteverbands des Reichstages hat in seiner Sitzung mit dem Vorsteher der neuen Regierung über die Gemeinde- und Kreisordnung und faßte dabei folgenden Beschluß: „Der Vorstand des Thüringer Städteverbands hält sich für verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß der Erlass von Notgesetzen das äußerste beschränkt werden muß. Die Notgesetzlichkeit und das Vertrauen zum Recht leidet zweifellos darunter, wenn Notgesetze ohne zwingende Veranlassung zum Gegenstand des Notgesetzes gemacht werden, besonders dann, wenn sie wenige Tage später vom Landtag durch ordentliches Gesetz geregelt werden können.“ — Dieses Notgesetz der Thüringer Regierung bringt einen ziemlich starken Abbau der Gemeindeparlamente, ich rückt die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden ein und berührt die Bürgermeistern größeres Rechte.

**Noch ein Kriegsgerichtsverurteil.** Von dem französischen Kriegsgericht in Sion wurden fünf junge Oberleutnanten zu 6 Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Vier von ihnen befanden sich schon seit dem 6. September in Untersuchungshaft. In diesem Tage hatten sie sich auf telephonischen Anruf hin nach Mülheim begeben, um während des kommunikativen Streiks Abwehrlaste zu leisten. Da ihrem Eintreffen am Mülheimer Bahnhof fand ihre Verhaftung durch französische Kriminalbeamte statt. Es wurde ihnen die Zugehörigkeit zum Bunde Oberland vorgeworfen.

## Depeschen.

### Der Reichsverkehrsminister als Generaldirektor.

Wb. Berlin, 23. April. Durch Verordnung des Reichskanzlers vom 23. April wurde der Reichsverkehrsminister zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn bestellt und ihm zur Unterstützung und zur Leitung des Internelements ein vorläufiges Direktorium zur Seite gestellt, das aber lediglich begutachtende Tätigkeit ausüben soll.

Das Direktorium ist unter Leitung der vorhandenen Mitglieder des Reichsverkehrsministeriums aus den Staatssekretären als geschäftsführenden Mitgliedern und den Abteilungsleitern als weisenden Mitgliedern gebildet worden, wobei eine stärkere Selbständigkeit der Abteilungsleiter vorgesehen ist.

Das Direktorium hat naturgemäß im übrigen nur eine vorübergehende Bedeutung und wird endgültig nach Umstellung des Internelements unter Berücksichtigung der neuen Erfordernisse abildet werden.

### Die Isolierung Frankreichs.

Wb. London, 23. April. „Daily News“ mißt der Erklärung Coolidges über seine Bereitwilligkeit eine neue Weltabklärungskonferenz einzuberufen, die größte Bedeutung bei.

Das Blatt betont, daß in der Zustimmung zu dem Dawesbericht nur ein Mißklang vorhanden sei, die Stimme Poincarés. Aber eine allzu große Bedeutung dürfe den Äußerungen des Staatsmannes, der verheißt, seine Politik am Vorabend der Neuwahlen zu rechtfertigen, nicht beigemessen werden. Wenn jedoch ein ähnlicher Versuch von der französischen Regierung unternommen werden sollte, diese neue Friedensnarrung zu torpedieren, werde die Isolierung Frankreichs endgültig und vollständig sein.

### Die Politik der Pistole.

Wb. London, 23. April. „Daily Herald“, das Blatt der englischen Arbeiterpartei, schreibt, es müßte festgestellt werden, daß Poincaré Schwierigkeiten bereuche. Er liege auf dem Standpunkt, den er immer vertreten habe. Er plane weiterhin an die Politik, Deutschland die Pistole vor den Kopf zu halten und erische England, sich ihm bei dieser Politik anzuschließen.

Es erische allzu deutlich, daß die beiden Regierungen vollkommen verschiedener Ansicht sind. Eine solche Verschiedenheit könne schließlich zu einem Punkte führen, wo sich ein Zusammenwirken als unmöglich erweise. Aber im gegenwärtigen Augenblick sei dies noch nicht Gewißheit geworden. Die französischen Wahlen können eine Günstigeänderung in Paris herbeiführen.

### Italien für Häumung des Ruhrgebiets.

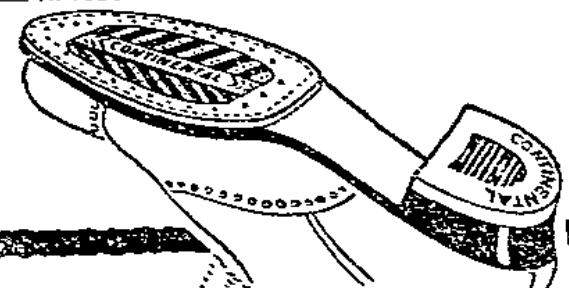
Wb. London, 23. April. Der diplomatische Vertretersalter des „Daily Telegraph“ erzählt über die Haltung Italiens gegenüber dem Sachverständigenrat: Mussolini sei sehr dafür, daß sowohl die Belgier als auch die Verwaltungsausgaben im Rheinland in den verschiedenen internationalen Kommissionen auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden sollen. Aus diesem Grunde sei er geneigt, mit noch höherem Nachdruck als bisher auf die militärische ebenso auf die wirtschaftliche Häumung des Ruhrgebiets zu dringen.

### Ein Nachschuß.

Wb. Paris, 23. April. In Belgrad eingetroffenen Nachrichten aus Triano zufolge, wurde ein Minister auf den Abgeordneten der Nationalversammlung, Ruten bejaagen. Ruten ist vor einiger Jahren in Paris Gija Pajda durch einen Revolverbeschuß. Der Zustand des Abgeordneten ist ernst. In Belgrad nimmt man einen Nachschuß an.

### Schwere Eisenbahnunglück.

Wb. Genf, 23. April. Vergangene Nacht gegen 3 Uhr ereignete sich auf der Station Bellinzona ein schwerer Zusammenstoß zwischen den beiden Gotthard-Nachtszüge. Die Zahl der Toten beträgt etwa 15, die der Verletzten etwa 9, davon 6 schwer verletzt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der von Luzern kommende Nachtzug das geschlossene Einfahrtsignal der Station überfuhr. Ein mit Gas beladeter Wagen geriet in Brand.



## Für jeden Schuh

nur Continental-Absätze und -Sohlen. Sie sind geschmeidiger und sparsamer als Leder, machen den Gang leicht und schonen die Nerven. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

# Continental

## Absätze und Sohlen

So gut wie Continental-Reifen!

















### Eine Mahnung.

Es wird uns geschrieben:  
In kurzer Frist geht das deutsche Volk wieder einmal zur Wahlurne. Der Tag ist sicherlich nicht glücklich gewählt, aber wir haben uns damit abzufinden. In kurzer Zeit haben die deutschen Wähler Zeugnis dafür abzulegen, ob sie sich der Verantwortung bewusst sind, über ihr eigenes Wohl und Wehe selbst zu bestimmen.

Es sei mir erlaubt, kurz an die Ereignisse der letzten Jahre zu erinnern. Vor zehn Jahren wurde das deutsche Volk unter absolutistischem Regime in den Krieg verwickelt. Ueber die Geschehnisse der Vorkriegsjahre, über die Entwicklung der politischen Situation war nicht einmal der Abgeordnete, viel weniger noch der Wähler unterrichtet. Er glaubte das, was ihm von „oben“, d. h. offiziell gesagt wurde. So ging er in den Krieg, und so kämpfte der deutsche Soldat so lange, bis der aussichtslose Kampf von „oben“ so plötzlich abgeblasen wurde, daß in lähem Entsetzen die Front zusammenbrach. Immer deutlicher sah der Deutsche, daß er nur ein Werkzeug gewesen ist. Und als ihm dann die Bestimmung über sein Schicksal gegeben wurde, da wählte er in Erinnerung an das eben Durchlebte seine Vertreter.

Aber an eins dachte der Wähler nicht, an die Folgen des verlorenen Krieges. Ein in vier langen Kriegsjahren auspehungertes Volk, das die größten Strapazen hinter sich hatte, die je ein Volk erlitten, begriffen in der Formung einer neuen ungewohnten Regierungsform, bedrückt durch ungeheuer schwere Friedensbedingungen, konnte nicht denken, daß die Leiden weitergehen würden. Statt Arbeit, Ruhe und Brot kam die Inflation, die dauernd steigenden Preise, und dann die Arbeitslosigkeit. Blindlings wird nun alle Schuld der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben.

Wie kann die Sozialdemokratie für die groben Fehler der letzten Jahre verantwortlich gemacht werden. Hat man schon so bald vergessen, daß das reaktionäre Kabinett Cuno den Ruhrkampf begonnen und geführt hat? Hat man vergessen, daß bis 1918 Rechtspolitiker die Regierung geleitet sind? Hat man vergessen, daß die Geschehnisse bis 1918 die Ursache der heutigen Lage sind? Hat man schon die Urteile gegen Fiedrichsbach und Ludendorff vergessen? Weiß nicht jeder, was kommen wird, wenn die Sozialdemokratie nicht wieder ihre Macht erhält? Hört nur, was man heute wieder im Ausland sagt. Jeder draußen glaubt, daß die Reaktion alle Macht wieder in Händen hat, und jeder draußen glaubt, daß unter Rechtsregierungen neue Kriege ausbrechen würden, wenn Deutschland nicht beide Arme gebunden bleiben.

Zugegeben, daß die Führer der Sozialdemokratie Fehler gemacht haben, in erster Linie den Fehler, nicht stark genug und früh genug die Wurzeln der aufkeimenden Reaktion vernichtet zu haben. Wollt ihr etwa dieser Fehler wegen wegen zu Hause bleiben und dadurch die Reaktion stärken?

Jeder, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, jeder, der neues Unheil verhüten will, jeder, der mithelfen will beim Aufbau, und jeder, der sich und seiner Familie eine auskömmliche Bezahlung sichern will, muß am 4. Mai die Vertreter der Sozialdemokratie wählen. —

### Wölfe im Schafspelz.

Die evangelische Kirche ist in einer schweren Krise, deren Ursachen nicht zuletzt in der reaktionären politischen Einstellung vieler ihrer Pastoren liegen. In die Wurzeln getroffen wird aber die evangelische Kirche durch die Agitation der Völkischen, die dem Christentum als solchem Fehde anfangen. Die deutschen Christen werden am Hakenkreuz und den Hakenkreuz-Pastoren noch ihr blaues Wunder erleben.

Die völkischen Agitatoren reden viel vom christlich-germanischen Geiste, der das deutsche Volk durchdringen müsse. Sie vermeiden es aber sorgfältig, offen darzulegen, was sie unter christlich-germanischem Geiste verstehen. Nur wo sie glauben, ganz unter sich, unter Eingeweihten zu sein, rücken sie mit der Sprache heraus.

In Nürnberg sagte in einer Versammlung am 10. August 1923 der Völkische (Nationalsozialist) der Göttinger Zeitung:

... Mit dem Untergang des germanischen Heidentums ist das Judentum-Christentum stärker zum Einfluß gekommen und hat das deutsche Volk immer mehr vermenslichtet und zur Feigheit erzogen. ... Das künftige religiöse Zeichen der Deutschen sei das Hakenkreuz. ... Jetzt wird die Vernichtung des Christentums und seine Ersetzung durch den altgermanischen Götterkult nur unter ungeheurer blutigen Kämpfen möglich sein. ...

Ein Einzelstall? Der deutschvölkische Schriftsteller Gustav Müller schreibt in einer 1922 im Auftrage einer völkischen Organisation herausgegebenen Schrift:

Wenn es gelänge, alle Blutsjuden aus dem Lande zu jagen, würde das herjüdere Innere der heutigen Neu-Deutschen sehr bald neue Rassenkämpfer gezeugen. Der der Sibel Kreuzleibende fällt dem religiösen Judentum zum Opfer. ... Das verehrte Christentum ist jüdisch tot. Aus Schmutz und Wehe aus ein neues, edleres Christentum geboren werden.

Eine bewußte Verfeinerung ist also die völkische Behauptung, der Kampf gelte nur dem Judentum. Christentum meinen die Völkischen, wenn sie von Internationalismus, Marxismus, Pazifismus und Judentum reden. Schrieb doch Dr. Heinrich Pudor, einer der geistigen Führer der Völkischen, in der Zeitschrift „Neues Leben“, Jahrgang 1919, Nr. 12:

Man sieht in der Entwicklung des Christentums immer wieder, wie die jüdisch-abstrakt-palästinensische Denkart mit der dorisch-archaisch-germanischen kämpft. Wenn Herkules und Siegfried, wenn Wolfram von Eschenbach, ja selbst Goethe oder Schiller zum Leben erweckt wären und etwa im Weltkrieg eine Kompanie hätten führen müssen: sie hätten es alle gefordert. Jesus Christus? Nach den Grundzügen der Bergpredigt? Das Christentum verjagt immer wieder. Ich wage jetzt zu sagen, daß die christliche Lehre gottlos ist.

Und um jeden Zweifel zu beheben, daß der völkische Kampf gegen das „Judentum“ in Wirklichkeit sich gegen das Christentum — gegen Katholiken sowohl als Protestanten — richtet, betonte Pudor im Jahrgang 1919 der Zeitschrift „Neues Leben“ ausdrücklich:

Dem Judentum können wir nicht eher loskommen, bevor wir nicht unsere eigene, naturverschiedene, völkische und rassistische Artung vom Christentum befreit und reinlich losgeschält haben werden.

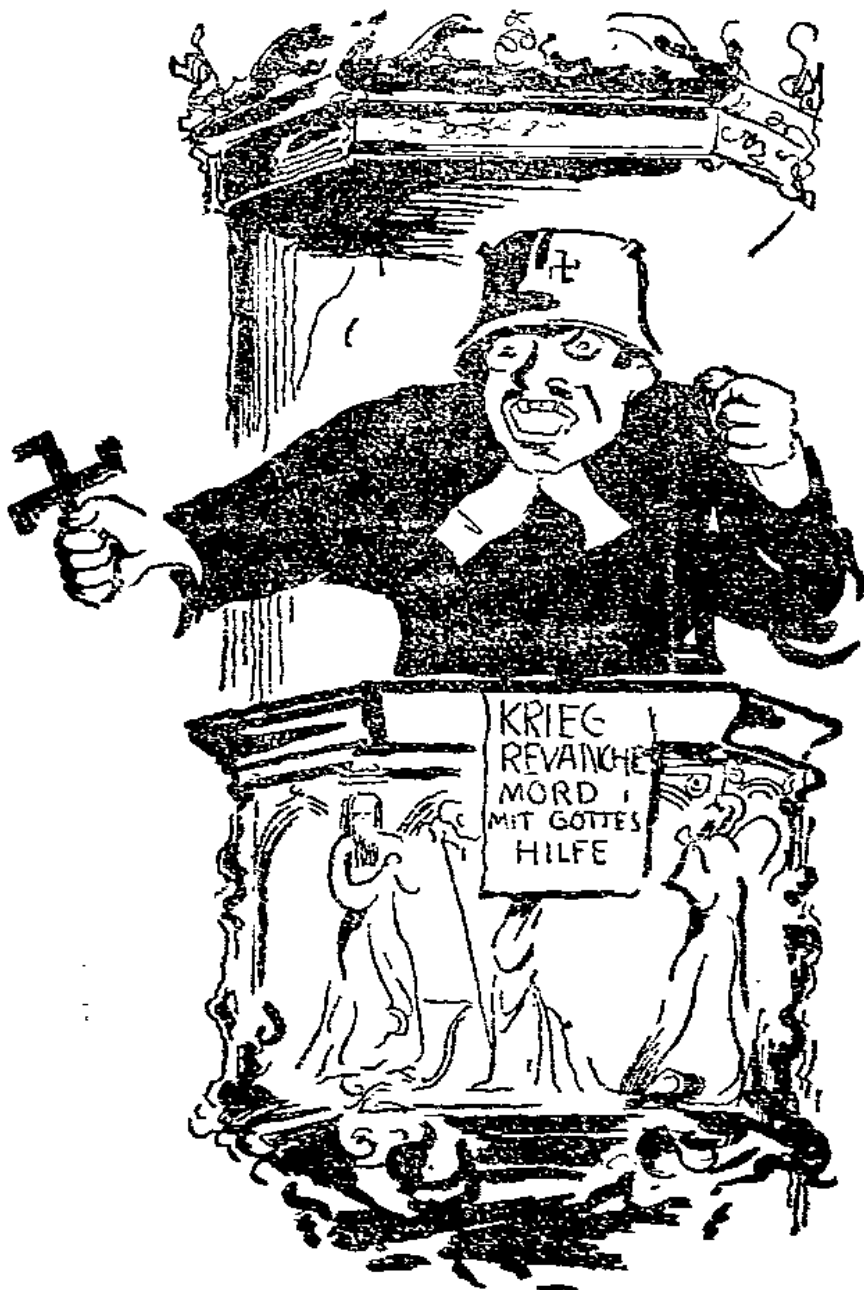
Ähnliche Beispiele sind in den völkischen Schriften zu Dutzenden zu finden. Wir nennen die „Altheutschen Mütter“, die Zeitschrift „Heimdal“, die Schriften des völkischen „Germanenordens“.

Kein Christ, dem es Ernst um seine Religion ist, kann daher die völkische Bewegung unterstützen. Wohl aber kann er — allen Verkündungen und falschen Behauptungen zum Trost — Sozialdemokrat sein. Das beweist die Tatsache, daß ihr protestantische und katholische Pfarrer und eine nicht geringe Anzahl sehr stark religiöser Männer und Frauen angehören, ohne in ihrer religiösen Überzeugung getränkt zu werden. Religion wird im Programm der Sozialdemokratie ausdrücklich als Privatfache erklärt.

Wehr noch als in Deutschland tritt dies in der Schweiz, in England, in all den Ländern hervor, wo sich die Vertreter der Kirchen mehr als bei uns der Arbeiterklasse angenommen und dadurch zur Heberzeugung gekommen sind, daß die Gebote der Religion der Mühseligen und Bescheidenen, die sich auf das Leben im Diesseits beziehen, nur durch den Sozialismus Erfüllung finden können.

Nicht die Sozialdemokraten sind Feinde des Christentums, sondern die Völkischen, die als Wölfe im Schafspelz umherlaufen. —

### Der Hakenkreuz-Pastor.



... das künftige religiöse Zeichen der Deutschen sei das Hakenkreuz.

### Splitter.

Ja, das liebe Volk! Die Deutschnationalen sind völkisch. Im Kreisortland Breslau sitzt aber der Jude Schottländer. In einer Antwort auf eine Beschwerde erklärte der Vorstand, Schottländer sei schon vor dem Krige bei den Konserativen gewesen und darum — eigentlich kein Jude. Die Tatsache, daß Schottländer ein schwerreicher Mann ist, spielt natürlich keine Rolle! —

### Aus der Provinz.

#### Kreis Wanzleben.

#### Öffentliche Wählerversammlungen.

- Donnerstag den 24. April, abends 8 Uhr.  
**Klein-Wanzleben.** Referent: Landratsabgeordneter Kunze, Gemeindefürer des Landarbeiterverbandes.  
 Freitag den 25. April, abends 8 Uhr.  
**Wenddorf, Gasthaus zum Landhaus.** Referent: Geschäftsführer Wille (Erfurt).  
**Schleibitz.** Referent: Genosse Kollie (Magdeburg).  
**Welsleben.** Referent: Bezirksvorstand Fabian (Magdeburg).  
**Sülzdorf.** Referent: Parteifürer Schumacher (Magdeburg).  
 Sonnabend den 26. April, abends 8 Uhr.  
**Altenweddingen.** Referent: Landrat Woz (Kalle).  
**Behndorf und Söhlen, bei Köstlicher in Behndorf.** Referent: Genosse Kaulfers, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes in Magdeburg.  
**Dobendorf.** Ref.: Arbeiterreferent Wüschmann (Magdeburg).  
**Eggenstedt, Gasthof Walle.** Referent: Gemeindefürer des Landarbeiterverbandes Kabe (Magdeburg).  
**Egerleben.** Ref.: Gewerkschaftsbeamter Thiele (Magdeburg).  
**Groß-Germersleben.** Referent: Gewerkschaftsbeamter Flügge (Magdeburg).  
**Groß-Ottersleben, „Sanja-Ziele“.** Referent: Reichstagsabgeordneter Dittmann (Berlin).  
**Hammerleben, „Reichskrone“.** Referent: Parteifürer W. n. z. e. (Magdeburg).  
**Sakelborn.** Referent: Parteifürer Schumacher (Magdeburg).  
**Sohndersleben, Gasthaus Schirmer.** Referent: Polizeipräsident Krüger (Magdeburg).  
**Klein-Tischerleben.** Ref.: Arbeiterreferent Känich (Magdeburg).  
**Umpfuth.** Referent: Kreisleiter des Landarbeiterverbandes Schrader (Groß-Ottersleben).  
**Remmersleben.** Referent: Geschäftsführer Wille (Erfurt).  
**Schermke, Gastwirt Guhn.** Referent: Lehrer W. u. j. e. (Groß-Ottersleben).  
**Altbrandesleben.** Referent: Betriebsratsvorsitzender Hölde (Magdeburg).  
**Zarthun, bei Mühlende.** Referent: Bezirksvorsitzender Fabian (Magdeburg).  
**Westeregeln.** Referent: Oberbürgermeister Weber (Halberstadt).  
 Sonntag den 27. April, nachmittags 3 Uhr.  
**Egeln.** Referent: Reichstagsabgeordneter Dittmann (Berlin).  
**Wanzleben.** Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Schmidt (Berlin), Vorsitzender des Landarbeiterverbandes.  
**Otternweddingen.** Referent: Rechtsanwalt Dr. Baerenprung.  
**Klein-Adersleben.** Referent: Geschäftsführer Wille (Erfurt).  
**Wolmirsleben, bei Buß.** Referent: Bezirksvorsitzender Fabian (Magdeburg).

- Sonntag den 27. April, abends 8 Uhr.  
**Schwaneberg, bei Tomandel.** Referent: Rektor Ringel (Groß-Ottersleben).  
**Bahrendorf, Stemmern, bei Roienburg in Bahrendorf.** Referent: Landrat Kelling (Wanzleben).  
**Domersleben.** Referent: Geschäftsführer Wille (Erfurt).  
**Klein-Germersleben.** Referent: Gewerkschaftsbeamter Gußab Bank (Magdeburg).  
**Langenweddingen, im Treppentrag.** Referent: Rechtsanwalt Doktor Baerenprung.  
**Serhanjen, im „Höpfengarten“.** Referent: Parteifürer W. n. z. e. (Magdeburg).  
**Unsburg, bei Wezer.** Referent: Bezirksvorsitzender Fabian (Magdeburg).  
**Wolmirsdorf.** Referent: Lehrer Richter (Schwaneberg).

Groß-Ottersleben. In der Frauenversammlung sprach Genossin Erning, die Vertreterin der Frauen auf der sozialdemokratischen Reichstagskandidatenliste, über „Die Reichstagswahlen und die Frauen“. Die Frauen, die 60 Prozent der Wähler im Reich ausmachen, haben es in der Hand, am 4. Mai durch die Abgabe des Stimmzettels zu bestimmen, wie das Volk regiert werden soll. Von den Frauen wurde regie Mitarbeit zugesagt. —

Klein-Wanzleben. Zum Neger unter Segner nimmt die Arbeitervorne um in allen Zweigen immer mehr zu. So haben die Arbeiterdänger von hier und Umgegend infolge ihrer Ausbreitung beschloß, in einem Hinterbezirk mit dem Sitz Klein-Wanzleben zu gründen. Auch die republikanische Bewegung ist im Fortschreiten. Eine Ortsgruppe des Bundes republikanischer Kriegsteilnehmer Reichsbanner Schwarzrot ist mit einer stattlichen Mitgliederzahl gegründet worden, die sich händig vergrößert. Die Arbeiterklasse sieht es endlich ein, daß sie bei dem Treiben des „Stahlhelm“ und „Jungdo“ die Hände nicht in den Schoß legen darf. Die Listen zur Gemeindevorstandswahl sind fertiggestellt. Die Bürgerlichen haben vor der Entscheidung sich geeinigt und eine Nichtwahl mit einem großen Teile Stahlhelm anzuheißeln. Hands- und Kopfarbeiter, eure Interessen können nicht von der bürgerlichen Einheitsliste, sondern nur von der sozialdemokratischen Partei vertreten werden, deshalb wählt die sozialdemokratische Liste Wehmer-Becker. —

#### Kreis Jerichow 1 und 2.

Körbelitz. In einer gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung sprach Genosse Kollie (Burg). In der Diskussion erwiderte sich ein Herr Haffelbach als „parteiloser“ Hakenkreuzler. Das begeisterte Volk auf die Sozialdemokratie nach dem Schlusssatz unserer Referenten zeigte jedoch dem Herrn, daß in Körbelitz für Hakenkreuzler kein Boden ist. Mit der Aufforderung, auch für die Gemeindevorstandswahl Propaganda zu machen, schloß der Versammlungsleiter, Genosse D. r. o. j. e., die interessante Versammlung. —

Leisau. In einer Versammlung, wie sie Leisau wohl noch nicht aufzuweisen hatte, sprach Genosse Keimel (Burg) über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Republik und über die Stellung der Sozialdemokratischen Partei. Die anwesenden Segner verzichteten auf jede Erwiderung. Die Versammlung war eine wichtige Demonstration für den Sozialismus. Durch reichen Beifall bewies die wohl 400 Köpfe starke Versammlung ihr Einverständnis mit dem Redner. Die Leisauer Genossen werden am 4. Mai das Banner des Sozialismus feierlich denn je aufrichten. —







# Öffentliche Versammlungen

**Donnerstag den 24. April, abends 8 Uhr, spricht in**  
**Remsdorf** im „Volksfreund“ der Reichstagsabgeordnete Silberjohann  
**Gracau** im „Elbgarten“ der Reichstagsabgeordnete Ferdinand Bender.  
**Sorgt für einen Massenbesuch!**

**Freitag den 25. April, abends 8 Uhr, spricht in**  
**Fermerleben** bei Runge der Reichstagsabgeordnete Silberjohann  
**Rothenfee** bei Jentich der Reichstagsabgeordnete Ferdinand Bender.  
**Männer und Frauen, kommt**

**abends 8 Uhr, spricht in**  
**Westerhüfen u. Galbte** im „Deutschen Haus“ der Reichstagsabg. Dittmann.  
**Reform-Hopfgarten** im Gesellschaftshaus Hoppe der Reichstagsabg. Chefred. Bader.  
**restlos in die Versammlungen!**

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. April 1924.

### Einheitsfront gegen die Arbeitnehmer.

Auch der angeblich politisch neutrale „General-Anzeiger“ hat sich eifrig um das Zustandekommen eines bürgerlichen Blockes gegen die Sozialdemokratie bemüht. Das ist nicht gelungen, nun ist er traurig, aber er mahnt dringend, daß zwischen den „getrennt marchierenden“ bürgerlichen Parteien alle Schärfe im Wahlkampf vermieden wird. Einig sein gegen die Sozialdemokratie, das ist der Sinn der „General-Anzeiger“-Artikel zur Wahlbewegung. Er kennt nicht die Absichten und Programme der bürgerlichen Gruppen und Gruppchen, die Listen zur Stadtverordnetenwahl aufstellen. Das schadet nicht, er fordert doch auf zum „vereinten Schlagen“. Darin zeigt sich deutlich die Geringschätzung auch der wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen der nichtsozialistischen Arbeitnehmer. Was die wollen, das gilt einfach nicht, ist Luft.

Warum ist die Einheitsliste mit Einschluß der Demokraten nicht zustande gekommen? Weil erstens nicht die geringste Rücksicht genommen werden sollte auf die wirtschaftlichen Anschauungen und Forderungen der Arbeitnehmervertreter in der demokratischen Partei und ferner auch alle Personen ausgeschlossen werden sollten, die im Verdacht standen, Freunde einer Erziehungs- und Schulreform zu sein. Diese wirtschaftlichen und kulturellen Gegensätze zeigten sich auch häufig in der bisherigen demokratischen Stadtverordnetenfraktion. Es herrschte oftmals das lieblichste Durcheinander, manchmal ins Groteske gesteigert durch ungeschickte Führer.

Jetzt ist eine gewisse Scheidung eingetreten. Die Miller und Wendel haben Abschied genommen und sind nach rechts abgewandert. Die Führung in der demokratischen Partei zeigt sich immer noch rückwärtig, wenn über Steuer- und Wirtschaftsafragen zu beschließen ist. Wie sie in der neuen Stadtverordnetenversammlung zu Sozialfragen stehen wird, das ist noch sehr zweifelhaft. Am Donnerstag voriger Woche zeigte sich mehr nur die soziale Mischungsverfassung der demokratischen Führung, auch die innere Kluft, aus der Rücksicht der Parteien war zu sehen. Der demokratische Stadtverordnete Schüler sprach gegen den sozialdemokratischen Antrag, in dem Steuern auf die Inflationsgewinne und Zurücknahme der Mietzinssteuer gefordert wurden. Der „General-Anzeiger“ ist erboht über den Antrag und erklärt, er sei nur aus Agitationsgründen gestellt. Das Bedere Plan findet es deshalb auch ganz in der Ordnung, daß die bürgerlichen Stadtverordneten, insbesondere Schüler, sich dagegen aussprechen. Bei der Abstimmung zählten Demokraten und Reichsparteier heraus, nur elf mutige Männer brachten es fertig, nach den ablehnenden Reden auch mit Nein zu stimmen.

Der Stadtverordnete Schüler redete im Interesse des Volkes, den wollte er vor „untragbaren“ Steuerlasten beschützen. Aber er weiß jedenfalls auch, daß das Demokratie auf Grund deutscher Informationen Mittel ist.

Die reichen Massen der deutschen Bevölkerung sind in den letzten Jahren durch das gegenwärtige Steuerwesen im hohen Maße irgendwie angemessenen Weise befreit worden: ihre Befreiung entsprach weder der Last, die in Deutschland auf die arbeitenden Massen drückt, noch ist sie auch nur derjenigen vergleichbar, welche reichsweit Bevölkerungskreise auferlegt werden.

Die bürgerlichen Parteien haben in der Stadtverordnetenversammlung von neuem bewiesen, daß sie die Steuerlasten der arbeitenden Schichten der Bevölkerung aufbürden und die bestehenden Steuersätze erhöhen wollen. Sie denken nicht daran, gegen die dritte Steuerreform etwas zu unternehmen, diese Verordnung soll in Kraft gesetzt werden.

Ein Minister von Verantwortung kann niemals mit leichtem und rücksichtsloser Steuermechaniker einverstanden sein, wie sie sich zeigt in der dritten Steuerreformverordnung. Die Wohnung darf niemals als Maßstab für steuerliche Befreiung dienen. Das ist nicht, widerspricht jedem sozialen Grundsatz. Vor allem gilt es auch, gegen die preussischen Steuerreformbestimmungen Sturm zu laufen. Preußen kann sich hier von dem kleinen Brauereiberg beschützen lassen. Wie in Braunschweig die Steuerreform angegriffen wird, das geht aus folgendem Bericht hervor: „Die Vorlage der braunschweigischen Regierung sah generell 20 Prozent für die Klassen ohne Steuer vor. Im Plenum des Landtags ist es den Sozialdemokraten gelungen, einen Antrag zur Annahme zu bringen, der eine Freigrenze bis zu 80 Mark einführt. Von 80 bis 500 Mark beträgt die Steuer 10 Prozent, von 500 bis 700 Mark 20 Prozent, und über 700 Mark 40 Prozent.“

Während in Preußen also ohne jede Rücksicht auf die sozialen Wohnverhältnisse vorgegangen wird, läßt Braunschweig die Wohnungen unter 80 Mark Friedensmiete gänzlich steuerfrei. Man sieht also, es geht, wenn der Wille vorhanden ist. Der Reichstag, den wunderlichsten Steuergelehrten kann daher nicht eindringlich genug gesagt werden: Seht auch die Leute und Parteien an, denen ihr eure Stimme gebt! Alle bürgerlichen Parteien sind in dem Bestreben einig: die Steuerlasten den arbeitenden Klassen! Die gesamte bürgerliche Klasse stellt sich rückwärts in den Dienst der bürgerlichen Parteien. Untereinander sind alte und neue bürgerliche Par-

teien — Demokraten, Volksparteier, Deutschnationale und die unzähligen Hakenkreuz-, Stahlhelm- und deutschnationalen Knüppelparteien — wie Hund und Katz. Gegen die Partei der Besitzlosen, gegen die Sozialdemokratie, sind sie einig. Die Einheitsfront der Kapitalisten und ihrer politisch willenlosen Gefolgschaft! Sie muß am 4. Mai durchbrochen, überannt werden; in der Reichstagswahl und in der Stadtverordnetenwahl. Diesen Kampf zu wagen und mit aller Kraft zu führen, das ist die heiligste Pflicht aller Arbeitnehmer, der Mieter, aller Armen und Bedrückten. —

## Vereinigte sozialdemokratische Partei.

**Bezirk Neue Neustadt.** Am Donnerstag den 24. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Wintergarten“. Referent: Reichstagsabgeordneter Frau Braung.

**Bezirk Nord.** Am Freitag den 25. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Holz. Referent: Ge. o. ö. Löhner.

Die Frauen sind zu diesen beiden Versammlungen hierdurch ganz besonders eingeladen. Frauen, neigt euch die Zeit und erachtet restlos!

**Bezirk Friedrichstadt-Werder.** Freitag den 25. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Friedrichstr. 11“. Referent: Genosin Krüger. — Mitglieder und deren Frauen müßen erscheinen.

**Waiseverfaren.** Der Preis der Karte beträgt nicht 50, sondern 30 Goldmarken.

## Zum Lohnkampf im Baugewerbe.

Aus dem Bezirksbureau des Deutschen Baugewerksbundes wird uns geschrieben:

Die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitergewerksverbände ist am 22. April zu nachstehenden Beschlüssen gekommen:

Das am 15. April 1924 in Halle getätigte Lohnabkommen ist arbeitnehmerseitig in einzelnen Orten des Tarifgebietes nicht eingehalten worden. Da bestehende Streiks trotz Zulage nicht abgebrochen werden, im Gegenteil neue Arbeitsminderungen erfolgen, hat die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeiterverbände der Provinz Sachsen-Anhalt als Gegenmaßnahmen zunächst folgendes beschlossen:

Am Montag vom 24. April 1924 wird der bis zum 9. April gültige Tariflohn wiederum zur Auszahlung gebracht. Der Lohn beträgt demnach für Dacharbeiter 50 Pfg. in der Spitze.

Tiefenigen Arbeiter, die nicht gewillt sind, zu vorstehenden Lohnsätzen zu arbeiten, haben sich als einzeln zu betrachten. Die Papiere stehen jedem zur Verfügung.

Damit hat die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitergewerksverbände einen verhängnisvollen Weg beschritten. In der Absicht, den Bauarbeiterorganisationen unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg zu stellen, überreden die Herren ganz, daß sie damit ihrer eignen Organisation die besten Hemmnisse bereiten. Die Bauarbeiter werden ihnen zu zeigen wissen, daß ihnen kein Opfer zu hoch ist. Sie werden namentlich in den Orten, wo auch nur einigermäßen Arbeit ist, Nordburgen aufstellen, die es ihnen ermöglichen, Einzelverträge mit den Unternehmern oder deren Auftragnehmern abzuschließen, denen die bevorstehenden Beschlüsse der Tarifgemeinschaft zuwider sind. Kein Bauarbeiter wird die verlangte Einzelunterzeichnung geben. —

## Ultimatum der Gemeindearbeiter.

Am Donnerstag tagten in Halle die Landeslohnkommissionen mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter für das mitteldeutsche Gebiet unter Leitung des Gauvorsitzenden Nachtigall (Magdeburg) um Stellung zu nehmen zu den Vorschlägen der mitteldeutschen Gemeindearbeiter. Lothendorf entwarf ein Bild über die augenblicklichen Verhältnisse im lothendorfer Gebiet, wie es wohl innerhalb Deutschlands kein zweites Mal zu verzeichnen ist.

Zu Beginn der Aprilmonats war vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dem Arbeitgeberverband eine Forderung von 45 Pfennig für den unelernten und 55 Pfennig für den gelernten Arbeiter eingereicht worden. Am 3. April fanden dann die Lohnverhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen statt, in denen die Arbeitgeber zunächst die Forderung aufstellten, eine Auseinandersetzung der bestehenden Lohngruppen vorzunehmen, ehe man überhaupt daran dachte, auf die Lohnforderung zu reagieren.

Die bis jetzt bestehende Lohngruppenverteilung sah drei männliche und drei weibliche Lohngruppen vor. Nun beabsichtigte der Arbeitgeberverband folgende Gruppierung vorzunehmen:

Gruppe I gelehrte Arbeiter, Gruppe II angelehrte Arbeiter, Gruppe III unelernte Arbeiter in Elektricitäts-, Gas- und Wasserwerken, Hoch- und Tiefbau einschließlich Steinmetzen, Schlachthöfen, Kanalarbeit, Eisenbahn, Abwehr, Fuß- und Handarbeiter, Theatermaschinen- und Triebmaschinen, Arcmaorien, Gruppe IV unelernte Arbeiter in Votern, Mähdern, Wägen, Krimmer, Garderobediener, Gruppe V gelehrte Arbeiterinnen, Gruppe VII angelehrte Arbeiterinnen, Gruppe VIII ungelernete Arbeiterinnen entsprechend Gruppe IV, Gruppe IX Hausmädchen, Garderobediener, Wartefrauen.

Die Löhne der Arbeiter sollten nicht aufgebaut, sondern jeder abgebaut werden, indem man für den Arbeiter in Gruppe V, der bis zum 1. April 30 Pfennig arbeitslos während bezogen hatte, nur noch 25 Pfennig zahlen sollte.

Eine Entlohnung konnte bei einem solchen Angebot nicht erzielt werden, so daß noch an demselben Tage die Bezirkslohnkommissionen rathgebend Schiedsgericht für einen 24stündigen Arbeiter stellten: Gruppe I 43, Gruppe II 36, Gruppe III 34, Gruppe IV 32, Gruppe V 31, Gruppe VI 30, Gruppe VII 25, Gruppe VIII 22, Gruppe IX 21 Pfennig.

Syndikus Feuerherdt lehnte diesen Schiedspruch ohne vorherige Abstimmung mit den andern Arbeitgebervertretern ab. Zur endgültigen Entscheidung wurde nun der Zentralausschuß in Berlin angerufen, der die Lohngruppenverteilung der Bezirkslohnkommissionen einfach bestätigte und dazu dann folgende Löhne festsetzte:

Lohngruppe I II III IV V VI VII VIII IX

45 35 35 33 31 26 25 23 22 Pfg.

Die Konferenz lehnte nach eingehender Diskussion diesen Schiedspruch ab, weil der unzulänglichen Lohnhöhen, besonders aber

wegen der Lohngruppenverteilung, einstimmig ab. Die Bauleitung wurde dann daraufhin, dem mitteldeutschen Bauarbeiterverband sowie dem Reichsbauarbeiterverband mit den Bauarbeitern in neuer Verhandlung über Revision des Schiedspruchs einzutreten hätte, ändern als nach Einklang der gegenseitig vorgelegenen Äußerungen und Instanzen von den letzten gewerkschaftlichen Mitteln für ganz Mitteldeutschland Gebrauch gemacht zu werden sollte.

Zu weiteren waren sich alle Anwesenden darüber einig, daß die Bauleitung dem Vorherrschen des mitteldeutschen Bauarbeiterverbandes mitzutheilen läßt, daß man sich in Zukunft das unverantwortliche Auftreten des Syndikus Feuerherdt ersparen will.

Mit einem Appell, alles zum Kampfe für die Verbesserung der Tarife und Lohnbestimmungen vorzubereiten, wurde die Konferenz nachmittags 3 Uhr geschlossen.

Wenn nicht in letzter Minute verantwortliche Männer der mitteldeutschen Kommunen eintrifft, so wird ein Streik entbrennen, wie es früher noch nicht geschehen ist. —

**— Lohnbewegung in der Metallindustrie.** Da die zurzeit in Magdeburg, Anhalt und Halle in der Metallindustrie geführten Tarifverhandlungen noch kein Ergebnis gezeitigt haben, wurde in Magdeburg durch den Schlichter ein Schiedspruch gefällt, wonach in Magdeburg, Anhalt und Halle ab 1. April der Spitzenlohn der Dacharbeiter sich auf 48 Pfg. die Stunde erhöhen soll. Die Arbeitnehmer der genannten Bezirke haben aber diesen Schiedspruch abgelehnt. Wenn es im letzten Augenblick nicht gelingt, eine Vereinbarung zustande zu bringen, wird es in der mitteldeutschen Metallindustrie von neuem zum Streik kommen. —

**— Tarifkampf im Versicherungs-Gewerbe.** Der Allgemeine Verband der Versicherungs-Angestellten tritt uns mit: Durch Spruch des Schlichtungs-Ausschusses vom 10. d. M. wurde den Anestellten im privaten Versicherungsgewerbe eine 6prozentige Gehalts-Erhöhung zur Anpassung an die Lebenshaltungskosten zugesichert. Da der Arbeitervers-Verband deutscher Versicherungs-Angehörigen den Spruch ablehnt, ist von Anstellenseite die Verbandsrats-Erklärung im Reichsarbeitsministerium beantragt worden. Ehe das R.A.M. über diesen Antrag entschieden hat, es eine normale Aussprache zwischen den Vertragsparteien angeregt, in denen gleichzeitig für den Monat Mai verhandelt werden soll. Die Aussprache soll noch in dieser Woche stattfinden. —

**— Neuregelung des bahnamtlichen Rollfahrwesens.** Vom 1. Mai d. J. an werden dem Vertragsverhältnis zwischen Eisenbahn und bahnamtlichem Rollfahrunternehmer neue Bedingungen zugrunde gelegt. Die Preissetzung der Reichsbahndirektion Magdeburg wird auf nachstehende Bedingungen beschränkt sein: Für die Anfuhr der Güter zur Bahn werden künftig bahnamtliche Rollfahrunternehmer nicht mehr bestellt. Die nur für die Anfuhr bestellten bahnamtlichen Rollfahrunternehmer gehen bei der Anfuhr und Aufstellung der abgehenden Güter nicht mehr als Leute der Eisenbahn im Sinne der Eisenbahnbetriebsordnung, sondern als Beauftragte des Abnehmers. Für die bei der Anfuhr entkehrenden Schäden haftet daher nicht mehr der Eisenbahn, sondern der Unternehmer selbst und zwar nach den Bestimmungen des Hundelgesetzbuchs über den Landfrachtvertrag. Den Rollfahrunternehmern ist überlassen, die Beförderungsbedingungen mit den Abnehmern zu vereinbaren. Die für die Anfuhr bestellten bahnamtlichen Rollfahrunternehmer sind jedoch gehalten, auf Verlangen der Abnehmer Güter abzuholen und zur Bahn zu bringen, die Güter zur Abholung innerhalb der von der Eisenbahn festgesetzten Zeit auszuführen und nicht höhere als die von der Eisenbahn festgesetzten Gebühren zu erheben. Die von den bahnamtlichen Rollfahrunternehmern auf die Empfänger nachgenommene Rollfahrunternehmer sind für die Beförderung der abzurückenden Güter hat der bahnamtliche Rollfahrunternehmer im und jedoch der Wohn- oder Geschäftswort der Empfänger abzugeben. Sendungen, die aus nicht mehr als 20 einzelnen Stücken bestehen, und bei denen das einzelne Stück nicht mehr als 50 Kilogramm wiegt und von einem Manne getragen werden kann, werden auf Verlangen des Empfängers auch in andere Gefäße oder Packräume abgetragen. Besondere Abträge über die Beförderung der Beförderung, den die Leute des bahnamtlichen Rollfahrunternehmers selbst bei sich zu tragen und auf Verlangen vorzutragen haben, nicht mehr vorzulegen. Für das Abtragen hat künftig der Unternehmer die Gebühren mit dem Empfänger besonders zu vereinbaren. —

**— Der Postverkehr mit dem besten Gebiet.** Bei Postsendungen nach dem besten Gebiet, insbesondere bei gemischten und eingeschriebenen Briefen sowie Warenbriefen und Paketen, kann nicht eindringlich genug vor der Aufzählung der von dem internationalen Zollausweis erlassenen Zollvorschriften gewarnt werden. Zahlreiche Postsendungen unterliegen an den besten gebietlichen Zollstellen und unterliegen dem besten gebietlichen Zollverfahren. Sie haben neben zentralen und zentralen Zollstellen zum französischen Gebiet am Ende des Zollamtes — Wiesbaden — hohe Zollstrafen und vielfach auch die Festsetzung der Sendung zu gerichten, für die dann die Post keinen Erfolg leistet. Ebenso entstehen der Postverwaltung durch diese Verstöße große Schwierigkeiten. Nicht allein werden die Zollkontrollen infolge der fortgesetzten Verstöße gegen die Zollvorschriften immer schärfer und die Sendungen in ihrer Beförderung behindert verzögert, sondern es wird auch die glatte Abwicklung des an und für sich schon schwierigen Postverkehrs mit dem besten Gebiet gefährdet, wenn nicht gegen zeitliche ganz unterbunden. Es dient daher nur dem allgemeinen Besten, wenn in Postsendungen mit dem besten Gebiet die erlassenen Zollvorschriften sorgfältig beachtet werden. —

**— Die Mittelstandsfürsorge** spricht all denen, die zum Gelingen der Arbeiterwoche mit beigetragen haben. Ihren Dank aus. Die Veranstaltung hat diesmal einen Umfang gehabt, der aber doch viele Wünsche befriedigen konnte. Die Mittelstandsfürsorge bittet sich weiter ihrer Einrichtung bei Vergebung der verschiedenen Arbeiten zu erinnern. Es werden Aufträge für die feinste Strickerei, Filzarbeit bis zur einfachsten Strobelarbeit, Ausbesserei, Wäschearbeiten, Strumpfwirkerei entgegenzunehmen. Gerade für das letztere kommen Anfragen von allen Frauen, die nicht in der Lage sind, bessere Arbeiten auszuführen und doch einen kleinen Verdienst haben möchten. Gebäfte und Bekleidungsarbeiten werden daher nachmals arbeiten, die Mittelstandsfürsorge bei Vergebung von Arbeiten in Anspruch zu nehmen. —



Arbeiterverein Rinderfreunde.

Freitag abend von 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Donnerstag (3. Anrechtabend) Eröffnungsführung: Der singende Fisch. ... Theater. Donnerstag (Vorstellung für die Volkshilfe) ...

Kleine Chronik.

Auffklärung eines Doppelmordes. Nach fast genau Jahresfrist hat ein Raubüberfall seine Sühne gefunden, der in der Nacht zum ersten Osterfesttag vorigen Jahres von drei bewaffneten und mit Halbmasken versehenen Räubern auf den Newierförster Obberg in der Akenen Gegend verübt worden war.

Schwerer Unglücksfall im Schacht. Am ersten Osterfesttag ereignete sich auf dem Credner-Schachte der Niederrheinischen Montanwerke im Mansfeldischen ein schwerer Unglücksfall. Ein Schutzpolizeibeamter wollte mit seiner Frau seinem Vater, einem Aufseher auf dem Schacht, einen Besuch abstatten.

Todessturz aus dem Fenster. In einem Haus in Königsberg kürzte die heint Fensterputzerin in einer Wohnung der dritten Etage beschäftigte Antwärtlerin Johanna Rohmann in der dritten Etage des Hauses, wo der auf das Fensterbrett gestellten Fußbank stützend zum offenen Fenster hinaus aufs Straßenniveau.

Überfall durch maskierte Räuber. Nachts drangen zwei Verbrecher in das Geschäft der Landwirte Gehrdter Engler in Charlottenburg, während zwei weitere vor dem Hause posten wurden. Sie überfielen die im Beise liegenden Besitzer mit den Worten: 'Hände hoch, oder es knallt!' und hielten den Erbknecht und den Verkäufer an den Kassen.

Volkssport.

Fußball.

Sportfreunde I gegen Sportfreunde II (1:2, 0:2, Eden 12:4). Vorher Hamburg war bei Sportfreunde und der den schreibenden Zuschauern sehr guter Sport. Eden das Schwächen der ersten beiden und erst nach dem letzten Moment machte Eindruck.

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Für die erste Fußball-Mannschaft war der Kreismeister im Fußball 1923 ...

Bei den Bur-er Arbeiterturnen. Die Vereinigte Turnerschaft Burg ...

Gerientämpfe um die Bezirksmeisterschaft des A. U. B. D. In der Woche vom 14. bis 20. April fanden drei weitere Kämpfe statt.

Stand der Gerientämpfe um die Bezirksmeisterschaft 1924 des A. U. B. D.

Table with 7 columns: Name, Staffnummer, Siege, Niederlagen, Abwesenheiten, Verdienstpunkte, Disziplinarpunkte.

Kreisfest der Arbeiter-Athleten. Der Arbeiter-Athletenbund (A. A. B.) hat das diesjährige Kreisfest im 'Altenpark' am ersten Osterfesttag abgehalten.

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Am Freitag abend 8 bis 10 Uhr im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg, Helfershelf. ...

Neue Strompreise für Kraft und Treppenbeleuchtung. Der Kraftstrompreis für eine Kilowattstunde wird ab 1. Mai von 30 Pfg. auf 25 Pfg. ermäßigt.

Gewerbesteuer für neue Betriebe. Die Gewerbesteuer für Betriebe, die 1923 neu eröffnet und, wird für das Rechnungsjahr 1923 unter Zugrundelegung eines Normalbetrags von 6 Mark erhoben.

Der abgeänderte Bebauungsplan für das Gelände östlich der Magdeburger Straße zwischen der Wittenberger Straße und der Nördlichen Gasanstalt ist förmlich festgestellt und liegt in der Zeit vom 22. April bis 19. Mai im Vermessungsbureau (Spiegelstraße 1/3 III) offen.

Vertilgung der Maulaus und anderer Obstbaumschädlinge. Im eigenen Interesse sind Eigentümer, Anpflanzler und Pächter oder Verwalter von Gärten, Obstplantagen und Baumwäldern verpflichtet, für die Vertilgung der genannten Obstbaumschädlinge Sorge zu nehmen.

Zum leichteren Auffinden der Polizeireviere. Der Polizeipräsident weist auf folgende, durch Entgegenkommen des Magistrats ermöglichte Kennung hin: Die Straßennamen vor den Polizeireviere-Büros 1 (Wohnhoffstraße 35), 2 (Regierungstraße 7), 3 (Neue Ulrichstraße 2) und 8 (Ritowplatz 6) sind mit der Bezeichnung des betreffenden Polizeireviere in roter Lackfarbe versehen worden.

Der Streik der Installateure und Klempner geht unbenändert weiter. Ausgenommen sind die Betriebe, die beschäftigt haben.

Matter Markt. Der heutige Wochenmarkt brachte ein großes Angebot von allen möglichen Waren, aber nur mit ein paar Preissenkungen.

Die Obstbaulehrgänge für Volksschullehrer. Wie der Landwirtschaftsminister, dem Amstlichen Preussischen Pressedienst zufolge, in einer Verfügung an die Regierungspräsidenten antritt, kann im Gewerkschaftsbereich mit dem Kultusminister den Lehrern an Volksschulen zur Ausbildung von Volksschullehrern im Obstbau eine Unterabteilung von je 15 Goldmark als Zuschlag zur Bezahlung wichtiger Ausgaben gewährt werden.

Jacob Schaffner, der am Freitag den 25. April im Berliner Magdeburger Presse aus eigenen Dichtungen lesen wird, zählt heute zu den besten Vertretern der deutschen Lyrik.

Bericht von Magdeburger Firmen. Die Eisenmatt's A.-G. berichtet über gute Geschäftsergebnisse.

Ein zweifelhafter Kunde. Ein Kunde, der sich als ein gewisser Herr ...

Schickerei auf einer Straße. Ein Diner, der nach ...

Selbstmordversuch. Ein großer Diner, der ...

Ein Auto gestohlen. Ein Kunde, der ...

Geldverleiher. Ein Kunde, der ...

Ein Auto gestohlen. Ein Kunde, der ...

Geldverleiher. Ein Kunde, der ...

Ein Auto gestohlen. Ein Kunde, der ...

Geldverleiher. Ein Kunde, der ...



Mein Bücherbrett.

Ihre laufende Lektüre.

- List of books and journals including 'Deutsche Arbeiter-Zeitung', 'Sozialistische Erziehung', etc.

Für unsere Kolportage!

Der Zeitungs-Bestand konnte der Feierabend wegen in dieser Zeit ...

Alle hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen durch die Buchhandlung Volkstimme.

Zentraltheater.

Nach noch einige Tage gelangt die erste große Operette, Der Oberkeiser ...



# Nachrichten aus der Provinz.

## Parteinachrichten.

Schöneberg. V. G. P. D. Donnerstag den 24. April, abends 8 Uhr im Stadtpark (kleiner Saal) wichtige Funktionärsvorstellung. Erscheinen dringend erforderlich.

## Kreis Wangleben.

Groß- und Klein-Otterleben. Achtung, Funktionäre! Am Donnerstag abends 8 Uhr findet bei Körtling eine wichtige Funktionärsvorstellung beider Ortsteile statt. Keiner darf fehlen. Wichtige Angelegenheiten sind zu besprechen.

Gr. u. Kl. Otterleben. Eine Parteimitglieder-versammlung aus beiden Orten findet am Donnerstag abends 8 Uhr bei Körtling statt. Es ist Pflicht aller Mitglieder, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Groß-Otterleben. Eine Veranstaltung des Arbeiter-Wohlfahrtsausschusses für alle Unterstützungsempfänger fand am Donnerstag statt. Die Teilnahme an der Dinerfeier war über Erwarten stark. Über 400 alte Frauen und Männer, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, waren erschienen. Die gedeckten Tafeln waren reich mit Blumen geschmückt. Es wurden von den Helferinnen der Arbeiter-Wohlfahrtsstelle Kuchen, Kaffee und Eier an den alten Leuten verteilt. Die Genossen Jäger, Klau, Frenkel und Frauen Bedau unterhielten die Teilnehmer, der Männer-Gesangverein versöhnte durch Liebesvorträge die Feiern. Die alten Leute waren hochbedient. Die Lebensfreude hatten sie wiedergewonnen. Die Ansprache des Genossen Dankert, des Gemeindefreiwirtschafts Genossen Weisler und die herzlichen Osterwünsche des Landrats Genossen Weisler fanden reichen Beifall. Den Kranken die nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnten, wurden Eier und Kuchen zugeschickt. Diese so gut gelungene Veranstaltung wird allen Teilnehmern lange Zeit in Erinnerung bleiben. Allen, die zum Gelingen der Feier beitragen haben, sei herzlich Dank ausgesprochen. Auch die Arbeiter-Sport reute Jagu und Bennedienck hatten sich in den Dienst der guten Sache gestellt. Sie trugen ein Fußballwettkamp, dessen Teilnahme dem Arbeiter-Wohlfahrtsausschuss zugute kommt.

## Kreis Jerichow 1.

Burg. Auf zur Parteiarbeit! Die letzten und heftigsten Kämpfe um den Wahlen zum 4. Mai haben jetzt eingeleitet. Die Parteiorganisation bedarf in den letzten 2 Wochen jedes einzelnen Genossen, um die verschiedensten Wahlarbeiten zu erledigen. Alle müssen sich in den Dienst der Partei stellen. Es werden noch eine Reihe Genossen zur Flugblattverbreitung benötigt. Die Genossen, welche im Besitz eines Radkes sind, werden gebeten, sich dem Parteisekretariat im Gemeindefreiwirtschaftsamt zur Verfügung zu stellen. Es muß noch jeder wissen, um was es in diesem Wahlkampf geht; da sollte sich jeder mit Eifer in den Dienst der guten Sache stellen.

## Kreis Neuhalbensleben - Wolmirstedt.

Ubenstedt. Am Sonnabend hielt unsere Partei ihre Monatsversammlung ab, die gut besucht war. Durch unvorhergesehene Verschlässe war der Redner verhindert, zu erscheinen. Es wurden die Reden des Genossen Jäger und auch die dringlichen Verhältnisse besprochen, auch wurde beschlossen, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitstunde zu feiern und an dem Tage eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen, damit auch die Reaktion sieht, daß dieser Tag für die arbeitende Klasse eine Erhebung ist, die sie sich nicht entziehen läßt. Am Freitag den 25. April findet eine öffentliche Wähler-versammlung statt. Als Redner spricht Genosse Jäger. Das Erscheinen ist Pflicht jedes einzelnen.

Ubenstedt. Eine wichtige Parteiversammlung findet am Sonnabend den 26. April, abends 8 Uhr, bei Robert Lutzner statt. Es ist notwendig, daß alle Parteimitglieder erscheinen. Auch die Kartoffeladerfrage soll erörtert werden.

Neuhalbensleben. Aus dem Stadtparlament. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurden zunächst eine Anzahl kleinerer Vorlagen erledigt. Man legte die Größe der Stimmzettel für die Stadtverordnetenwahl auf 12 x 18 Zentimeter fest, stimmte der bereits in der letzten Sitzung vorgeschlagenen Hausbesitzerliste für das Kleinrentenamt erneut zu und bewilligte eine Beitrag von 75 Mark zum Bau einer Jugendherberge in Schieritz sowie einen Betrag von 265 Mark zur Beschaffung einer dritten Schreibmaschine für die Handelsfachschule. Sodann handelte eine Reihe von Haushaltsplänen zur Veranlagung. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich, daß der naheende Wahltag die bürgerlichen Stadträte nervös macht. Sie legen eine Berechnung an den Tag, die gegenüber ihrem sprichwörtlichen Phlegma reichlich verächtlich erscheint. Beim Etat des städtischen Wohlfahrtsamts, der mit einer Einnahme von 100 250 Mark und einer Ausgabe von 157 250 Mark, also einem Reihbetrag von 57 000 Mark abschließt, beschriften die Stadträte. Stademeister und Oberlektor die Kosten der Debatte. Ihre Ausführungen, die an der Tatsache, daß der Etat mit denkbarster Vorsicht aufgestellt ist, nicht vorbeistimmen, trugen den Stempel: Viel Lärm um nichts. Dem Haushaltsplan wurde schließlich zugestimmt, ebenso dem der Krankenhausbaufrage. Dieser weist eine Einnahme von 25 000 Mark und eine Ausgabe von 32 800 Mark auf, mithin einen Reihbetrag von 7 800 Mark. Das Krankenhaus verfügt über 50 Betten, von denen durchschnittlich 35 belegt sind. Die Ausgaben werden durch die mit Erfolg betriebene Eigenwirtschaft stark herabgemindert. Durch sie werden Obst, Gemüse, Eier und Fleisch zur Verpflegung der Patienten usw. erzielt. Den Ausführungen des Deputierten, des Bürgermeisters Genossen Müller, daß die Verwaltung eines Krankenhauses, welches nur 400 Mark Zuschuß erfordert, in der heutigen Zeit als sehr günstig zu bezeichnen ist, muß zugestimmt werden. Da der Erfolg sozialdemokratischer Kommunalpolitik von bürgerlicher Seite grundföhllich nicht anerkannt werden darf, trat der große Kommunalrat Genosse Krause als Kritiker auf den Plan. Die Wirkung seiner Kritik war derart, daß der Glorianschein seiner oft betonten 30jährigen kommunalpolitischen Erfahrung zum Teufel ging. Ihm mißfiel es nämlich, daß für Veranlagungsarbeiten ein Betrag von 2000 Mark von der Krankenkassenkasse an die Kämmereikasse abgeführt werden muß. Außerdem behauptete er, dieser Posten sei in der Kommissionsitzung nicht zur Sprache gebracht worden und blieb dabei, obwohl ihm Genosse Müller und drei weitere Sozialdemokraten das Gegenteil nachwiesen. Der bürgerlichen Seite des Hauses war ob dieser Verächtlichkeit ihres Seniors nicht ganz wohl zumute. — Der Etat der Badeanstalt schließt mit 6000 Mark ab; hier beträgt der Zuschuß 1000 Mark. Auf beiden Seiten wurde eine Ausdehnung des Betriebs der Veranlagungsarbeiten gewünscht. In der Mitteilung des Kassenrats Rechnung getragen werden können, wenn eine Betriebsausstellung konzipiert gegangen ist. — Der Voranschlag der Begräbnisplatzfrage balanciert mit 25 000 Mark. Hier war es wiederum Herr C. F. Krause, der hinsichtlich der Veranlagung des Friedhofs sein jahrelanges händiges Streben zur Geltung bringen wollte. Der Vorredner Genosse Hoffmann ließ ihn jedoch gehörig abblauen, indem er ihm vorhielt, daß er nicht reagiert, wenn er um Rat angegangen wird, um sich dann hinterher als Kritiker aufzuführen. Diese Einigung genügte, um Herrn Krause für den Rest der Sitzung den Mund zu verschließen. — Beim Haushaltsplan der Fortifikation wurden einige Abänderungsvorschläge der sozialdemokratischen Fraktion berücksichtigt, so daß er nur 100 300 Mark und einem Reihbetrag von 29 500 Mark abschließt. — Beim Etat der Wasserwerke bezogen Einnahmen und Ausgaben 21 600 Mark; er enthält sich selbst. — Beim Voranschlag der Kanalwerke ist bei einem Betriebsüberschuss von 8200 Mark eine Einnahme und Ausgabe von 15 950 Mark vorhanden. — Der Etat der Elektrizitätswerke führte zu einer längeren Debatte. Mit ihm wurde die Notwendigkeit der Erhöhung des Lichtstrompreises behandelt. Der Etat selbst, über den Genosse Duffstein berichtete, schließt mit 125 000 Mark ab; ein Reihbetrag von 23 000 Mark soll der Kämmereikasse zufließen. Der

Speisepunkt 9 kann nicht ausgeführt werden, da es nicht gelungen ist, die erforderlichen 70 000 Mark zu beschaffen. Der Lichtstrompreis soll auf 45 Pfg. pro Kilowattstunde erhöht werden. Genosse Duffstein wandte sich persönlich gegen die Ausführung eines Ueberschusses an die Kämmereikasse, verlangte vielmehr, daß mit den 23 000 Mark ein Reservefonds errichtet wird, der das Werk in die Lage versetzt, Neuanlagen zu schaffen. Gegen diese Auffassung wendet sich der Magistrat, und auch die sozialdemokratische Fraktion steht ihr ablehnend gegenüber. Das Elektrizitätswerk ist als merkwürdige Anlage anzusehen und muß nach Möglichkeit Ueberschüsse herauswirtschaften. Die Erhöhung der Lichtstrompreise ist nach diesem Gesichtspunkt nicht zu umgehen, da der Stadt die Möglichkeit gegeben werden muß, Mittel zur Errichtung des Speisepunktes 9, der dem Stadteil jenseits der Bahn zu besserem Lichte verhelfen soll, zu sammeln. Der Ausführung des Speisepunktes 9, der für die Entwicklung des genannten Stadtteils von Bedeutung ist, soll nähergetreten werden, sobald die Mittel verfügbar sind. Schließlich wurde der Antrag Duffstein gegen eine Stimme abgelehnt und beschlossen, 20 000 Mark Ueberschuss der Kämmereikasse zuzuführen und 8000 Mark dem Reservefonds zu überweisen. Der Strompreiserhöhung wurde ebenfalls — auch von bürgerlicher Seite — mit Wirkung vom 1. Mai an zugestimmt. Die Bürgerlichen waren übrigens bei dieser Frage nicht in der Lage, den üblichen Gegenübertritt zu stellen. Der, den sie vorschickten, hatte keinen Schimmer von den zur Veranlagung stehenden Fragen. — Man beschloß ferner, den Wasserpreis auf die Vorkriegshöhe von 25 Pfg. festzusetzen und erledigte dann noch einige unbedeutende Vorlagen.

## V. G. P. D. Gardelegen

Freitag, 25. April, abds. 8 Uhr, in der „Neuen Welt“  
Öffentliche Volksversammlung  
Redner: Genosse Landrat Hähnen (Neuhalbensleben).  
Thema: Die V. G. P. D. im Kampfe um die Volksrechte.  
Arbeiter, Angestellte, Beamte und Handwerker, erscheint alle in der Versammlung.

## Kreis Kalbe.

Förderer. Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß! So lautet das Schlagwort, mit dem man während des Krieges operierte. Wie dieses Versprechen gehalten wurde, hat die Nachkriegszeit gelehrt. Vorgehen, Glend und No, Herat würdigung zu Vorkriegsbedingungen, das ist der Dank derjenigen, die am strage verdienten und heute wieder nach Krieg schreien, um das Volk noch tiefer in Glend und No zu stürzen. Der Stahlhelm und seine Bundesorganisationen sind es heute, die einen neuen Krieg vorbereiten und mit denselben Mitteln Propaganda treiben wie die Kriegsheer von 1914 bis 1918. Sie hängen sich den Mantel der Nächstenliebe um und veranstalten „deutsche Abende“ und Sammlungen zum Zwecke der Wohltätigkeit. Wie diese Wohltätigkeit aussieht, zeigt ein Beispiel in unserm Orte. Bei ihrer Gründungsjahr veranstalteten die Sa. Heimer eine Sammlung zur Unterstützung der Veteranen von 1870/71. Trotzdem um schon mehrere Monate ins Land gegangen sind, hat bis heute noch kein Veteran die versprochene Unterstützung bekommen. Wo ist das Geld geblieben? In Deutschland, das erkennt man klar, gibt es nur eine Partei, die trotz der ungleichen Zusammenfassung des Reichstags Gutes für die Kriegsober geleistet hat und sie vor dem völligen Untergang bewahrt. Diese Partei zu stärken ist Pflicht aller Kriegsober. Darum gebe jeder am 4. Mai seine Stimme der Vereinigten Sozialdemokratie. Liste Bauer.

Kalbe. Mieterverein. Nach Aufnahme mehrerer neuer Mitglieder wurden zwei Mitglieder in den Verwaltungsausschuss für das Wohnungswesen gewählt. Zur kommenden Gemeindevorstandswahl, zu welcher der Verein eine eigene Liste aufgestellt hat, soll der Einheits-Stimmzettel nicht verwendet werden, vorausgesetzt, daß das Gesetz nichts anderes bestimmt. In allerhöchster Zeit, bestimmt noch vor den Wahlen, soll eine öffentliche Mieterversammlung stattfinden. Es kam dann noch das Glend unter den Wohnungsuchenden zur Sprache. Während viele Einwohner in „Käfern“ hausen, haben Wohnungen leer oder es wohnen einzelne Personen in Wohnungen, die weit über ihre Verhältnisse hinausgehen. Zu hoffen bleibt, daß der neuernannte Verwaltungsausschuss bald in Tätigkeit tritt und Mithilfe schafft. — Von der Badeanstalt. Seit einem Jahre fehlt hier eine öffentliche Badeanstalt, und es ist bisher auch nicht möglich gewesen, den Bau ausführen zu lassen. Jetzt soll diese Frage ernstlich erwogen und so bald als möglich an den Bau herangegangen werden. Das Stadtparlament für Lebensübungen hat in seiner letzten Sitzung zu dieser Frage Stellung genommen, einstimmig ist man der Meinung, es muß eine Badeanstalt errichtet werden. Zur Anbringung der Mittel sollen die Bevölkerung und die Sportvereine der Ort beitragen. Es ist u. a. geplant, in kürzester Zeit ein großes Volksfest unter aller Sportvereine zu veranstalten, dessen Einnahmen möglich für den Bau der Badeanstalt verwendet werden sollen.

Kalbe. Stadtverordneten-Sitzung. Die Krankenhausbaufrage für mehrere unbenutzte Räume im Gesamtbeitrag von 149,95 Mark werden auf die Kämmereikasse übernommen. Zu verschiedenen Gras- und Rindereiverpachtungen wird der Zuschlag erreicht. Dem Siederverein beim letzten Selbstbesuch wird an Stelle eines bereits früher bewilligten Beitrags von 5000 Papiermark ein jährlicher Zuschuß von 100 Goldmark bewilligt. Da sich die letzte Versammlung bereits mit der Bürgermeisterei beschäftigt, die Regierung dem Beisitz jedoch nicht beigetreten war, mußte die Wahl nochmals vorgenommen werden. In Vorhineil wurde der jetzige Bürgermeister Genosse Strobel gewählt, welcher dem Magistrat hatte sich an die Bürgermeisterei Räger und Justo gewandt wegen Ausgabe von Wochen- und Monatskarten. Die Genannten erklären jedoch, dies jetzt noch nicht einbringen zu können. Es später damit gerechnet werden und ob eine Verbilligung der Kartenpreise überaus eintreten kann, bleibt abzuwarten. Seitens der Bürgermeisterei sind in diesem Jahre 51 Konfirmationen eingeleitet worden. Die Konfirmationsfeier-Einladung wird in Goldmark umgestellt. In die Kommission für Wohnungswesenangelegenheiten werden vom Hausebesitzerverein Schuhmacher Karl Dietrich und Wäckermeister Gustav Boden, vom Mieterverein die Buchdrucker Erich Rapp und August Bölsje gewählt. Den Vorsitz übernimmt Stadtrat Genosse Rapp. Mit der Gemeindefreiwirtschaft ist eine Vertragsänderung erfolgt, so daß nunmehr die letzten Schwereigkeiten überwunden sind und der Enthebung der Schwerearbeiten nichts mehr im Wege stehen dürfte, was im Interesse der auswärtigen Arbeitenden und der Erwerbslosen zu begrüßen ist. Ferner wird beschlossen, an der Mädchen-Mittelschule die Stelle des pensionierten Lehrers Fische eingeben, dagegen die Stelle der Lehrerin Ganzle an der Mädchen-Volksschule bestehen zu lassen. Lehrer Paulinus geht an die Mädchen-Volksschule in die Stelle des in den Ruhestand versetzten Aktors Strampfer.

Stahlfurt. Das Waisenfür der Sozialdemokratischen Partei findet im „Hoffäger“ statt. Nachmittags um 2 Uhr sammeln sich die Genossinnen und Genossen sowie die Kinder und Freunde am Bahnhof zum Ausflug gemeinsam mit den Genossen aus Leopoldsdorf. Sorge schon jetzt jeder für zahlreiche Beteiligung an der Waisenfür!

Stahlfurt. Die jungen Funktionäre und R. K. treffen sich heute (Mittwoch) abends 4 Uhr am alten Platz. Nähere Auskunft erteilt der Führer der Jugendabteilung Schwarzrotgold. Auch ältere Funktionäre können sich einfinden. Auskunft beim Vorstand.

Stahlfurt. Unglücksfall. Am Donnerstag verunglückte der über 60 Jahre alte Fabrikarbeiter Hr. Scherz auf der Leinwandfabrik. Er erlitt einen Beinbruch und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Sanitätsdienst funktionierte gut.

## Stadtkreis Wismarleben.

Wismarleben. Sonntagsfahrkarten werden von der hiesigen Eisenbahnstation auch nach Thale und nach Magdeburg ausgegeben. Sie gelten immer vom Sonnabend mittag bis Sonntag nacht. — Eine Vorlage des Magistrats an die Stadtverordneten-Versammlung regelt erneut die Veranlagung der Beiträge an städtische Arbeiter. Vorausgesetzt ist, daß der Arbeiter bei Eintritt in den gemeindlichen Dienst gesund und werbefähig war und eine mindestens 10-jährige ununterbrochene Zeit hinter sich gebracht hat. Keinen Anspruch hat, wer erst Vollendung des 50. Lebensjahres oder durch Vermittlung des Fürsorgeamts in den Gemeinbedienst eintrat. Die Höhe der Beiträge richtet sich nach der Dauer der Beschäftigung. Bei mehr als zehn Jahren beträgt sie 240 Mark jährlich, bei mehr als 25 Dienstjahren 400 Mark. Die Witwen erhalten die Hälfte hiervon. Die Regelung regelt auch noch weitere Einzelheiten. Es bestand schon eine ähnliche Regelung, sie war aber nur durch die Zustimmung überholt.

## Ulmarsk.

Gardelegen. Stadtverordneten-Sitzung. Die vor-aussichtliche Sitzung des Stadtparlaments hob sich angenehm von der vorhergegangenen ab. Wir glauben nicht fehlzugehen, daß dies ein Verdienst des stellvertretenden Vorstehers ist. Auch die in der Sitzung anwesenden Bürgerlichen werden der gleichen Meinung sein. Hoffentlich hat der ebenfalls anwesende Vorsteher gelernt, wie man auch ohne große Reden und Ausfälle gegen die Gegner eine Versammlung zu Ende bringen kann. Die Vorlagen wurden ohne große Debatten, meist ohne Nebenberäthung. Der Wirtschaftsprüfer E. Frieß wurden die Pferdebestände auf 10 Jahre verpachtet. Wie bekannt, wollten sich die Vertreter der Rechten erst nicht damit einverstanden erklären und nur nach einer Berücksichtigung konnten sie von der Wertlosigkeit ihrer Vorschläge überzeugt werden. Dann wurde dem Anschlag der Kanalstation an das Baugebiet vor dem Salzweber Tore zugestimmt. Die Kosten betragen etwa 14 000 Mark. Herrn Döberahn wurde ein Bauplatz in der Goethestraße zum Preise von 3 Mark pro Quadratmeter verkauft. Durch diesen Verkauf muß die Stadt selbst wieder Gelände zur Anlage einer Straße erwerben. Die Regierung in Magdeburg hat den Verkauf des Landes der Hospitalverwaltung zum Preise von 3 Mark zugestimmt. Auch die Hundesteuer, die für den ersten Hund 10 Mark und für jeden weiteren Hund 5 Mark mehr beträgt, wurde genehmigt. Da der Haushaltplan noch nicht endgültig festgesetzt werden kann, verlangt der Magistrat Zuschüsse auf die Grundbesitzbesitzer und Gewerbesteuer. Das wurde ohne Aussprache angenommen. Der Ulmarskischen Getreidegesellschaft wurde der Platz vor dem Stadler Tore zum Preise von 2 Mark für das Vorgelände und 5 Pft. für das hintere Gelände verkauft. Nur für den Platz, den die Stadt selbst für etwa 650 Mk. erworben hat, muß der volle Preis bezahlt werden. Merkwürdig war es nur, daß die Vertreter der Rechten jetzt einen höheren Preis forderten als den zuvor verlangten. Es wurde ihnen aber erklärt, daß das unmöglich sei, daraufhin zogen sie den Antrag zurück. Ja, die bevorstehende Wahl zeitigt so manche Blüten. Für uns kann es nur eine Genugtuung sein, daß dies, was wir in der vorigen Sitzung als richtig erkannt und zum Ausdruck gebracht haben, jetzt von unseren Gegnern anerkannt wird. Die Beisitzer zum Wahlausschuss sind die Genossen Söhle und Siegmund, ihre Stellvertreter Albert Voch jun. und Fritz Rembarck; von der Rechten die Herren Ehrke, Arenshin, Anders und Magobki. Für den Kraftwagenverkehr Gardelegen-Wollenhagen werden Anteile in Höhe von 200 Mark und für die Badeanstalt solche in Höhe von 1000 Mark gezeichnet. Dem jeweiligen Bürgermeister der Stadt wird in beiden Gesellschaften ein Sitz im Aufsichtsrat eingeräumt. Hierbei wurde dem Magistrat anheimgegeben, dafür einzutreten, daß der gesamte Bevölkerung die Benutzung der Badeanstalt freisteht. Die Benutzungsgeld für eine Mißbilligung im Schlachthaus wurde auf 75 Mark pro Monat festgesetzt. Die Einwohner der Karanten am Schützenplatz haben an den Vorsteher ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich über zu hohe Mieten beklagen und um Mithilfe ersuchen. Das Schreiben wurde dem Magistrat überreicht. Zum Schluß teilte der Deputierte der Wäckererei mit, daß diese zum 1. Mai ihre Porten schließen würde. Die Wäckererei der Räume will die Nacht nicht verlängern. Die Wäckererei wagt trotz der niedrigen Wäckerpreise und ohne irgendwelche Zusätze von Seiten der Stadt noch einen kleinen Ueberschuss ab, der aber indirekt den Armen zugute kommen soll. Der Bürgermeister dankte den Stadtverordneten und allen denen, die im Dienste der Stadt gearbeitet haben, für die geleistete Arbeit. Für die schaffenden Kreise heißt es nun, zu werden für die sozialdemokratische Liste.

## Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Ort	Stufe	Stufe
Vordau	22. 4.	—
Brandels	—	—
Melst	—	—
Peltmerg	+ 1.14	—
Auffig	+ 1.84	—
Dresden	+ 0.18	0.18
Zorau	+ 2.52	—
Wittenberg	+ 3.59	—
Hoflau	23. 4.	+ 3.12
Itzen	—	—
Barth	+ 3.27	—
Magdeburg	+ 2.58	0.08
Zangembünde	22. 4.	+ 3.66
Wittenberge	+ 3.21	—
Langen	—	—
Wümlitz	—	—
Walsleben	—	—
Waldau	—	—
Waldau	—	—
Sobnastorf	+ 2.72	—
Witten	22. 4.	+ 1.24
Gröblich	21. 4.	+ 1.80
Strotha Alb.	—	—
Bernburg Alb.	—	+ 1.92
Kalbe Oberpegel	—	+ 1.88
Kalbe Unterpegel	—	+ 1.90
Gröblich	—	+ 1.98
Brandenburg	22. 4.	+ 2.03
Oberpegel	—	0.07
Brandenburg	—	+ 1.48
Unterpegel	—	0.02
Kathowen	—	—
Oberpegel	—	+ 1.52
Kathowen	—	—
Unterpegel	—	+ 1.12
Sabelberg	—	+ 3.21

## Wettervorhersage.

Donnerstag den 24. April: Windig, vielfach wolkig, nachts kalt, am Tage zunehmende Erwärmung, keine erheblichen Niederschläge.

## Warenmärkte.

### Berliner Produkten-Börse vom 22. April.

In der Mittagsbörse wurden notiert ab Station (Dreie in Goldmark 200, 4.20 = 1 Dollar Goldanleihe); Weizen, märkischer 170—177, pommer. — Roggen märkischer 131—138, pommerischer 127—131, mecklenburger —, Weizen gerste 170—180, Futtergerste 150—165, Mais, märkischer 125—132, Weizen weisse 24.50—26.50, rote 24.50—26.50, Weizen, pommer. 20.25—22.50, Weizen weisse 10.20, Roggenweisse 8.70—8.90, Raps 31.00, Leinöl 41.00, Weizen weisse 27—28, kleine Weizenweisse 16—17, Futtererbsen 13.50—14, Weizen weisse 11.50—13.00, Weizenweisse 16—18, Weizen 12—14.00, Lupinen, blaue 12.50—13.00, gelbe 16.50—17.50, Gerste 12—14, Rapskuchen 11.50, Weizenkuchen 22.00—23.00, Erbsen, prompt 9.40—9.50, Futtererbsen —, Weizenkuchen 30.70 P. 03, 8.40—8.60, Kartoffelkuchen 20.60—20.80, (Weizen und Weizen pro 1000 kg, das unbrut pro 100 kg.)

Die nichtamtlichen Rohwarennotierungen (Preisnotierungs-Kommission des Gewerkschaftsverbandes der Handelskammer) pro 50 Kilogramm ab Station im Großhandel lauten: Weizen u. Roggenroh, drahtgerecht 0.90—1.10, Sojabohnen, de. 0.75—0.90, Gerstenroh, de. 0.70—0.90, Sojabohnen und Weizenroh, handelsüblich —, Rapsroh —, Rummelroh, (de. u. gebündelt) —, Hafer 1.20—1.35, Weizenroh, handelsübliche Ware 1.20—1.40, Gelbweizen —, Gutes Senf 1.80—2.00, Weizen, lose 2.50—2.90, Alles in Goldmark.

### Der Preis für Weizen.

(auschl. Verbrauchssteuer und Sach) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Weizenlabefabrik Magdeburg und Umgebung des Reagens von mindestens 200 Zentnern u. prompter Lieferung innerhals 10 Tagen 26.50—27.75 Mk. für gemahl. Weizen.

## Bereins-Kalender.

Wir nur gegen Vorauszahlung, die Zelle 20 Goldpreisse, aufgenommen. Räder u. Gefangener Gemüthlichkeit Alle Reuehadt. Jeden Freitag 8 Uhr Abendsitzung bei Winter, Hoffäger Straße.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

# Wegweis gegen Husten



